: antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 15.1.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD-Offensive im nördlichen Schleswig-Holstein

Zweifellos hatte sich der NPD-Kreis Nordfriesland/Schleswig /Flensburg mehr Stimmen bei der Kommunalwahl 2008 versprochen, war die NPD doch nahezu flächendeckend im Kreis Nordfriesland angetreten, nachdem ihr Landratskandidat Arne Kaehne am 16.9.2007 ohne großen Wahlkampf (oder gerade deswegen?) 2,33 % der Stimmen erhalten hatte. Das Ergebnis von 0,7 % Stimmanteilen – eine Halbierung der Stimmen in absoluten Zahlen von 905 auf 463! – war ein Desaster für die NPD. Möglicherweise ist für NPD-Wähler ein nahezu unsichtbarer und unhörbarer Landtagskandidat der NPD attraktiver als eine öffentlich auftretende neofaschistische Partei? Ganz sicher aber hat die von sehr vielen Organisationen und Einzelpersonen offensiv mitgetragene Kampagne „nonpd" mit ihren mehr als 175.000 Unterschriften zu diesem für die NPD blamablen Ergebnis beigetragen.

Dem „Kreis-Organisationsleiter" Kevin Stein, liegt dieses Ergebnis schwer im Magen. In der ersten hilflosen Reaktion kündigte er gleich für den nächsten Tag eine Wahlanfechtung an, begründet mit Verschwörungstheorien wie der, die Wahlhelfer hätten NPD-Stimmen unter den Tisch fallen lassen oder als ungültig gezählt und ähnlichem, musste dann aber zugeben, dass seine Wahlbeobachter bei der Stimmauszählung in ihren Wahllokalen nichts dergleichen festgestellt hätten. So behauptete er, um sein Gesicht zu wahren, in diesen Wahllokalen habe man sich wohl zu sehr beobachtet gefühlt… Vermutet werden kann aber, dass Steins Ansehen in der Partei gelitten hat. Es dürfte daher also nicht überraschen, dass die NPD im Norden Schleswig-Holsteins unter seiner Leitung offensiver wird, zumal 2009 Europa- und Bundestagswahlen und 2010 Landtagswahlen sind.

Zunächst von Antifaschisten unbeobachtet, begannen die Neofaschisten im September jeweils samstags mit Infotischen in verschiedenen Kommunen im nördlichen Landesteil. Diese Infotische wurden kaum wahr genommen und auch die antifaschistischen Kräfte erfuhren erst davon, als bereits mehrere NPD-Auftritte stattgefunden hatten. Nachdem aber Ort und Zeit des nächsten Infostandes erstmalig rechtzeitig bekannt wurde, sah es schlecht aus für die Bande um Stein, Tetens, Räth und Kaehne. Am 25. Oktober sahen sie sich in Kappeln einer Gruppe von Protestlern unterschiedlicher politischer Einstellung gegenüber. Neben der VVN-BdA mit Transparent auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Wodarg (mit Protestschild „Nationalismus ist von vorgestern"). Für alle überraschend wurde der Infostand plötzlich von Unbekannten in einer Blitzaktion mit Feuerlöschern angegriffen und zerstört. Kevin Stein beschimpfte daraufhin den Landesvorsitzendenden der VVN-BdA, Hartmut Büchsel voller Hass und bedrohte ihn auch persönlich.



Protest gegen NPD-Infotisch in Kappeln am 25.10.08

Eine etwas dubiose Rolle spielte die Redaktion des „Schleiboten", der zum sh:z–Verlag gehört und vor dessen Verlagshaus in Kappeln der Infotisch stattfand. Obwohl die Redaktion bereits frühzeitig zur Reaktion aufgefordert war, dauerte es noch ca. zwei Stunden, bis die an der Hauswand befestigte NPD-Werbung unter Mithilfe der Polizei entfernt wurde.

Auch wenn man der Aktion der unbekannten Vermummten wegen der Gefahr, dass auch Unbeteiligte und Kinder hätten verletzt werden können, kritisch gegenüber steht, ist anzumerken, dass nun endlich auch die Medien aufmerksam wurden. Wie üblich aber stand in deren Mittelpunkt die überfallartige Zerstörung des Infotisches und nicht das unerträgliche öffentliche Auftreten der NPD.

Am folgenden Samstag, dem 1. November, hatte die NPD ihren Infotisch in Jübeck angemeldet, einem kleinen Ort in der Nähe von Schleswig. Aber als die Stein und Kumpanen gegen 10 Uhr eintrafen, fanden sie den zugewiesenen Platz schon von Antifaschisten besetzt. Unschlüssig, was jetzt zu tun sei, liefen sie einige Male hin und her, sahen wahrscheinlich keine Möglichkeit mehr, ihren Infotisch aufzubauen und verzogen sich etwas kleinlaut.

Wie „angedroht" meldete die NPD für den 22. November erneut einen Infostand in Kappeln an. Angesichts der Tatsache, dass sie ihre Aktionen nicht mehr ungestört durchführen konnten, meldeten sie den Einsatz eines Lautsprechers (Megafon) gleich mit an, um sich wenigstens durch Lautstärke bemerkbar zu machen. Denn absehbar war, dass Materialverteilung und Werbegespräche mit Kappelner Bürgern nicht zu Stande kommen würden. →

Inhalt:

Naziaufmarsch in Passau am 3. Januar



Neonazis verhöhnen Mannichl

PASSAU. Rund 300 Rechtsextreme gingen am Samstag, den 3. Januar 2009, unter dem Motto „Gegen polizeiliche Willkür und Medienhetze" in Passau auf die Straße, nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Demonstration drei Woche nach dem Messer-Attentat durch einen mutmaßlich rechtsextremen Täter auf Polizeichef Alois Mannichl schließlich doch zugelassen hatte. Zeitgleich protestierten dagegen 1000 Gegendemonstranten. Rund 400 Demonstranten versuchten vergeblich, durch Sitzblockaden den Zug der Nazis durch die Stadt zu verhindern, berichtet Telepolis. Dazwischen waren 1400 Polizisten im Einsatz. Weitgehend verlief alles friedlich.

Die Süddeutsche Zeitung berichtet, die Rechtsextremen zogen fünf Stunden durch Passau und legten dabei die Innenstadt lahm, hetzten trotz gerichtlicher Auflagen gegen Mannichl, Migranten und Israel und zitieren Ulrike Meinhoff und Adolf Hitler.

Laut taz grämten sie sich auch darüber, dass ihnen das Mitführen von Lebkuchen-Männern untersagt war. Das wollten die Nazis, weil Alois Mannichl mit einem Lebkuchen-Messer angegriffen worden war.

Wie doew.at berichtet, waren unter den Demonstranten waren auch Reisekader aus dem benachbarten Oberösterreich, darunter der Welser Rechtsextremist Ludwig Reinthaler. Auch Roman Grassl vom neonazistischen Bund freier Jugend (BFJ) war nach Passau gereist. Nach eigenem Bekunden war auch die Nationale Volkspartei (NVP) „mit einer kleinen Abordnung" vertreten. Die NVP-Kader sollen sogar Ordnerfunktionen übernommen haben.

Quelle: www..netz-gegen-nazis.de und www.doew.at ■

Münchner Online-Shop vertreibt Nazi-Modemarke Thor Steinar

MÜNCHEN. 27.12.08. Nicht nur im mittelfränkischen Nürnberg wird die Modemarke „Thor Steinar" angeboten. Auch im oberbayerischen München können sich Anhänger der extremen Rechten mit den Artikeln der umstrittenen Firma einkleiden. „Nordland München. Der Onlineshop für Thor Steinar Klamotten aus München.", so nennt sich der Internetversandhandel von Alexander Reichl mit Postadresse im Münchner Stadtteil Allach.

Angeboten werden Artikel für Männer und Frauen, aber auch für Kinder sowie Accessoires. Ganz offensiv wird dabei mit den Auseinandersetzungen um die Modemarke und Herstellungsfirma geworben. So heißt es auf der Startseite unter anderem „Thor Steinar. Eine viel zitierte Marke, die polarisiert." und weiter „Verwurzelt in der nordischen Mythologie, getragen von dem Idealismus, sich abzuheben von der grauen Masse präsentieren wir sie hier im Süden, für alle, die mutig sind, ihre individuelle Persönlichkeit auch im Kleidungsstil auszudrücken." Wie das antifaschistische Internetportal redok.de recherchierte, gehört die Internetdomain des Ladens Toni Kuster, der zur bayerischen Landtagswahl 2008 als NPD-Kandidat im Stimmbezirk München-Pasing sowie bei der Bezirkstagswahl Oberbayern angetreten war.

aus Lokalberichte München 1-2009 ■

a.i.d.a. warnt vor Nazi-Hetzveranstaltung

MÜNCHEN. Die NPD hat für Freitag, den 9. Januar 2009, 18 Uhr, eine Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz angemeldet. Das Motto der Versammlung lautet „Israelischen Terror stoppen" und soll sich gegen den Krieg im Gaza-Streifen richten. Wer sich dabei ausgerechnet von Neonazis Vorschläge für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts erhofft, wird wohl enttäuscht werden. Vielmehr bietet die Kundgebung ihnen eine Gelegenheit, gegen USA und Israel zu hetzen. Für die Veranstaltung sind antisemitische und antiamerikanische Parolen und Hetztiraden zu erwarten.

Der NPD-Landespressesprecher Roland Wuttke hatte bereits Ende Dezember 2008 seine „Kameraden" auf der Homepage der neonazistischen „Freien Nationalisten München" aufgefordert, aktiv zu werden: „Auch der Nationale Widerstand sollte sich jetzt an Protestaktionen und Mahnwachen gegen den israelischen Terror beteiligen oder diese selbst organisieren." Vor der jetzigen Kundgebungsanmeldung hatte Wuttke nach Angaben des Kreisverwaltungsreferats (KVR) gegenüber der Süddeutschen Zeitung versucht, einen Aufmarsch über den St.-Jakobs-Platz anzumelden, wo die Neonazis die Synagoge der Israelitischen Kultusgemeinde München mit Schuhen bewerfen wollten!

Für die NPD gab zum Jahreswechsel Kersten Radzimanowski (ein früherer hochrangiger CDU-Politiker) in einem Online-Artikel die antisemitische Ausrichtung vor: „Der israelische Kriegsminister Ehud Barak wie die Außenministerin und einstige Mossad-Agentin Tzipi Livni, die bei den Umfragen weit zurücklagen, erreichten durch das blutige Gemetzel unter der palästinensischen Bevölkerung einen enormen Popularitätszuwachs, was nicht zuletzt auch ein beredtes Zeugnis über die Qualitäten dieses Volkes besagt."

Der Münchner Alexander Reichl, bei der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" und als Thor-Steinar-Online-Händler aktiv, verband im „Nationalen Infoportal Bayern" die antisemitisch/antizionistische Hetze mit dem deutschen Nationalismus: „Die Menschenrechte gelten ja nicht für Araber, Deutsche sondern ausschließlich für die Angehörigen des ‚auserwählten Gutmenschentums'. Dem palästinensischen Volk gilt unsere Solidarität! Sie sind die Ostpreussen, Schlesier, Sudetendeutsche und Pommern im Jahre 2009."

Der Hass der Neonazis auf Israel (und die USA) überdeckt in dieser Frage zumindest punktuell ihre ausländerfeindlichen und rassistischen Ressentiments. Der Iran bzw. dessen Präsident Ahmadinedschad erfreut sich zum Beispiel großer Beliebtheit in der bayerischen Neonaziszene, ruft Ahmadinedschad doch zur Vernichtung des Staates Israel auf und veranstaltet Konferenzen mit Holocaustleugnern aus aller Welt. Der NPD-Aktivist Roland Wuttke führt bei Aufmärschen gern Palästina- oder Irak-Fah-

Fortsetzung von Seite 1

nen mit sich, engagiert sich ansonsten aber eifrig gegen den Moscheebau in München.

Frei nach dem Prinzip „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ tragen Neonazis wie der „Freie Nationalisten München“-Aktivist Manuel Heine dann auch gern mal einen Button mit der Aufschrift „Support Hamas“ zur Solidarität mit der terroristischen islamistischen Organisation am modischen Basecap.

8. Januar 2009
Antifaschistische Informations, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) info@aida-archiv.de, Internet: www.aida-archiv.de ■

Und damit hatten sie Recht: mit Ausnahme eines Exemplars der „Deutschen Stimme“, die wegen der Hauptüberschrift auf der Titelseite der Polizei zur Prüfung auf strafbare Volksverhetzung übergeben wurde, mussten sie ihr gesamtes Material wieder mitnehmen. Getäuscht allerdings haben sie sich in der Möglichkeit, mit Hilfe des Lautsprechers ihren verbalen Murks zu Gehör zu bringen. Sobald Jens Lütke, stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein und zu einer Geldstrafe in Höhe von 1500 Euro vom Landgericht Kiel wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole und wegen Beleidigung verbunden mit übler Nachrede verurteilt, das Megafon zu einer „Ansprache“ an den Mund hob, ertönten sofort Trillerpfeifen, Pfiffe und einschlägige Parolen, sodass kein Wort zu verstehen war.

Verlegen lachend gab er denn auch nach mehreren vergeblichen Versuchen resigniert auf. Was Wunder, dass die kleine NPD-Truppe den Hinweis des Polizei-Einsatzleiters, es sei jetzt aber genug, aufatmend zur Kenntnis nahm, die sieben Sachen zusammen packte und – weiterhin unter Polizeischutz – in ihre Autos stiegen und verschwanden. Das hätten sie ruhig gleich zu Anfang tun können. *rb* ■

„PRO ESSEN“ abgesagt bzw. verschoben

ESSEN. Der Wirt der Gaststätte Hattrick in Essen-Altenessen der Partei Pro-NRW die Räumlichkeiten aufgekündigt. Der Runde Tisch für Menschenrechte – gegen Rassismus und Rechtsradikalismus hatte am 2.1. öffentlich gemacht, dass Pro-NRW dort am 8.1. Kandidaten und Parteiprogramm für die Kommunalwahl festlegen wolle und hatte zeitgleich unter dem Motto „Stoppt die Rassisten“ vor der Gaststätte zur Kundgebung aufgerufen. Dieser Protest war schon in der Ankündigungsphase erfolgreich: Die Protestkundgebung vom 8.1. ist damit nicht mehr notwendig und fällt aus. Im Gespräch mit dem Wirt ergab sich, dass dieser sich nicht bewusst war, wen er sich da eingeladen hatte. Er verstehe sich als politisch neutral und tolerant. Die Leute von Pro-NRW hätten ihm gegenüber nur lokale Themen genannt wie Bäderschließung, Sportstätten, Freizeitmöglichkeiten und Rot-Weiß-Stadionbau. Mit den extrem rechten Positionen von Pro NRW wollte er nichts tun haben und kündigte den Vertrag.

nach Pressemitteilungen des Runden Tischs für Menschenrechte Essen ■

Leipziger Erklärung gegen das Auftreten der NPD

Leipzig. Zu Beginn der 52. Sitzung der Ratsversammlung gab Oberbürgermeister Jung am 17. Dezember die folgende gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Leipziger Stadtrates ab: „Rechtsradikale Demonstrationen, aber auch das verstärkte Auftreten der NPD in Leipzig ist für alle demokratisch und rechtsstaatlich gesinnten Bürger dieser Stadt eine Provokation, aber auch eine Herausforderung. Es ist 63 Jahre nach Ende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und dem von ihr beherrschten Verbrecherregime unerträglich, eine politische Partei in unserem Land und unserer Stadt aktiv zu wissen, die ihre geistigen Wurzeln in diesem braunen, nationalsozialistischen Sumpf

weiter auf Seite 4



Waffenstillstand jetzt! Schluss mit dem Krieg Israel/Palästina

Die VVN-BdA NRW unterstützt den Aufruf der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom „Waffenstillstand jetzt“, den wir hier dokumentieren.

Dieser Krieg ist unmenschlich, überflüssig und schädlich. Er bringt für Israel nichts Gutes mit sich.

Die Tötung hunderter Palästinenser und die Zerstörung der lebenswichtigen Infrastruktur des Gazastreifens sind abscheuliche Verbrechen. Diejenigen, die sich davon Nutzen bei den Wahlen erhoffen, täuschen sich gewaltig.

Eine Invasion von Bodentruppen wird noch mehr Unheil bringen, wird zerstören, was von Gaza übriggeblieben ist und viele weitere Menschenleben fordern – Israelis und Palästinenser, Soldaten und Zivilisten.

Falls es der israelischen Armee gelingt, nach harten Kämpfen die Ruinen von Gaza zu erobern, wird dies höchstens dazu führen, dass Hamas in den Untergrund geht und sich ihr Einfluss im Gazastreifen wie im Westjordanland vergrößert.

Der Angriff, der den Hass bereits vertieft hat, wird

- die ganze zivilisierte Welt gegen uns aufbringen,
- in der gesamten Region eine neue Generation heranzüchten, die den Staat Israel noch mehr hasst,
- den Einfluss von Hamas vergrößern,
- die Position der friedliebenden Palästinenser weiter untergraben,
- die palästinensische Einheit, ohne die es keinen Frieden geben kann, verhindern.

Im Namen tausender Israelis, die in den Straßen Tel Avivs schon in den ersten Stunden nach Kriegsbeginn demonstriert haben, fordern wir,

- den Angriff auf Gaza sofort zu beenden!
- einen Waffenstillstand vorzuschlagen – und einzuhalten –, der das Ende aller Gewaltaktionen beider Seiten , die wirkliche Öffnung der Grenzen und die Beendigung der Blockade gegen die Bevölkerung des Gazastreifens umfasst.
- in den Dialog mit Hamas einzutreten. Hamas ist ein integraler Bestandteil der palästinensischen Gesellschaft und des palästinensischen politischen Systems. Ohne ihre Beteiligung sind alle Verhandlungen und Übereinkünfte sinnlos.

Gush Shalom ■
Übersetzung aus dem Englischen: Hermann Kopp

Gush Shalom (= Friedensblock) ist eine von Uri Avnery mitbegründete Gruppe israelischer Friedensaktivisten, die sich seit vielen Jahren um die Beendigung der Besatzung und einen gerechten Frieden auf der Basis einer Zweistaatenlösung für Israel/Palästina bemüht.

hat. Jeder, der mit der NPD sympathisiert, sollte nicht vergessen, dass es die Nationalsozialisten waren, welche mit ihrem menschenverachtenden Antisemitismus und mörderischen Nationalismus Europa und unser Land in die totale Katastrophe geführt haben.

Die NPD respektiert als politische Partei nicht die Würde des anders denkenden oder ausländischen Mitbürgers. Die NPD verachtet die Demokratie und sät Hass gegen alles, was ihrer primitiven Ideologie widerspricht. Mit ihrer Arbeit im sächsischen Landtag hat die NPD bewiesen, dass sie unfähig ist, Politik für unser Land zu gestalten. Die NPD in Sachsen ist nicht die Partei des kleinen Mannes, sondern eine Partei des dumpfen Vorurteils. Sie verachtet alle humanistischen Traditionen unseres Volkes.

Wenn wir uns gegen das Auftreten der NPD in unserer Stadt wenden, dann deshalb, weil ein Volk den furchtbaren Fehler des Nationalsozialismus nicht zweimal machen darf. In diesem Sinne suchen die Unterzeichner dieser Erklärung eine argumentative, fundierte und gewaltfreie politische Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt über die von der NPD und ihren Anhängern ausgehende Gefahr. Die Kraft der Argumente und nicht Provokation und gegenseitige Gewalt werden die Widerwärtigkeit der neonazistischen Politik der NPD entlarven“.

antifa-info@linkspartei-sachsen.de ■

Reitz tritt als Landratskandidat für die NPD an

KÖLN. Der Neonazi Axel Reitz, einschlägig vorbestraft wegen Volksverhetzung, wird von der NPD als Landratskandidat für den Rhein-Erft-Kreis bei den Kommunalwahlen im Juni aufgestellt. Reitz war führender Funktionär im inzwischen aufgelösten Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) und firmierte dort als Gauleiter Rheinland. Zuletzt war er Anmelder der provokativen Demonstration in Aachen am Vorabend des Jahrestages der Reichspogromnacht. Laut Bericht der Süddeutschen Zeitung trat er auch als Redner auf der Demonstration am 3. Januar in Passau auf und ließ sich dort über „Minusmenschen“ und „Marionetten des Systems“ aus. „Wir werden Elementen wie Mannichl und Dupper (Passauer Oberbürgermeister, Anm. d. Red.) durch unsere scharfen Federn und unsere spitzen Zungen Stiche versetzen, von denen sie sich nicht mehr erholen werden.“ zitiert ihn die Zeitung. *u.b.* ■

Kampf gegen Rechtsextremismus: Schulen stärker einbeziehen

BAYERN. Der Vorsitzende des Rechts- und Verfassungsausschusses im Landtag, Franz Schindler, begrüßt die geplanten Initiativen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. „Es ist gut, dass die Staatsregierung nun endlich unsere Forderungen aufnimmt“, so Schindler.

Der Autor der im Dezember auf SPD-Initiative veröffentlichten Gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus des Bayerischen Landtags fordert, dass in der Mitte der Gesellschaft mit der Aufklärung über den menschenverachtenden Inhalt rechtsextremer Ideologien begonnen werden müsse. Dafür sei es aber dringend erforderlich, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Ebenso sollte ein NPD-Verbot weiterhin sorgfältig geprüft werden, so Schindler.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Hans-Ulrich Pfaffmann, tritt dafür ein, dass sich die Schulen verstärkt den Fragen des Nationalsozialismus und Rechtsextremismus widmen. Er begrüßt die aktuelle Initiative des Passauer Oberbürgermeisters und früheren Landtagsabgeordneten Jürgen Dupper dazu. „Gerade die Schulen sind das größte Präventionspotential, das wir haben. Das muss ausgeschöpft werden. Dabei ist es hilfreich, die Gedenkstättenarbeit in Bayern für die Schulen zu nutzen. Ich schlage vor, dass die Behandlung der Themen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus an den Schulen vertieft wird“, so Pfaffmann.

Er fordert das Kultusministerium auf, einzelnen Schulen mehr Freiraum in der Bearbeitung dieses wichtigen Themas zuzugestehen. So soll es zum Beispiel mehr Projektwochen und Projektarbeiten geben, in denen die Schüler und Schülerinnen und ihre Lehrer auch mit externen Fachleuten, Historikern und Zeitzeugen zusammen arbeiten.

7.1.2009,
http://www.spd-landtag.de/ ■

Aachen. Am 24.12. marschierten ca. 38 Neonazis unter Federführung von Axel Reitz durch die Aachener Innenstadt – begleitet von etlichen Störungen und einer Hausbesetzung. Ab 9.00 Uhr sammelten sich bei der VVN-Kundgebung gegen den Aufmarsch ca. 300 Menschen, in direkter Nähe zum Bahnhof, an dem auch die Neonazis ihre Auftaktkundgebung angemeldet hatten. Etliche, ca. 150 Menschen, hielten sich zudem direkt am Bahnhofsvorplatz auf.

Gegen zehn Uhr ertönte aus einem leer stehenden Gebäude am Bahnhofsvorplatz durch ein Megaphon Musik. Zur gleichen Zeit wurde ein großes Transparent aus dem dritten Stock gespannt. „Antifaschismus braucht Freiräume“. Auf dem Bahnhofsvorplatz herrschte erst mal Erstaunen, dann Jubel bei AntifaschistInnen, Verwirrung bei den Polizeikräften und der totale Ärger bei Christian Worch, der den Platz vor dem Gebäude wegen erhöhter Gefahrenlage verlassen musste. Dann – viel zu schnell – drang Polizei in das Haus ein, räumte unter lautstarkem Protest der BürgerInnen, nahm sechs Personen in Gewahrsam.

Inzwischen trafen ungefähr 38 Neonazis ein, der nächste Flop des Axel Reitz. Nach drei Nazireden, von lautstarkem Protest begleitet, zogen die FaschistInnen in Richtung Innenstadt. Eine Sitzblockade von 30 BürgerInnen, mitten auf der Route der Neonazis, löste die Polizei auf. Auch weitere Versuche von AntifaschistInnen, die Naziroute zu erreichen, wurden von Polizeieinsatzkräften gestoppt, wobei es zu zwei Ingewahrsamnahmen kam.

Quelle: indymedia, 25.12.08
Fotos: Karin Richert

Phantasievoller Protest



Der Naziaufmarsch

¡No pasarán!

Kein Ort für die Verdrehung der Geschichte!

Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am 14. Februar 2009 in Dresden

Am 13. und 14. Februar 2009 wollen wieder tausende Nazis durch Dresden ziehen. Dieser Nazi-Pflichttermin, bei dem vorgeblich den Toten der alliierten Bombardierung Dresdens im Februar 1945 gedacht werden soll, ist der größte Aufmarsch dieser Art in Europa und der letzte regelmäßig stattfindende Großaufmarsch, der den extremen Rechten in der Bundesrepublik verblieben ist. Wir wollen und werden das nicht weiter hinnehmen. Deshalb rufen wir an diesem Wochenende alle AntifaschistInnen auf, gemeinsam mit uns in Dresden zu demonstrieren und mit vielfältigen Aktionen Stärke zu zeigen.

Warum Dresden?

Der 13. Februar in Dresden ist bereits unmittelbar nach der Bombardierung zu einem Symbol geworden, welches politisch in alle möglichen Richtungen ausgenutzt wurde. Den Grundstein dafür legte Goebbels' Propaganda-Ministerium mit drastisch nach oben manipulierten Opferzahlen und gefälschten Berichten, die zum Teil bis heute unhinterfragt weiter getragen werden. Seit Jahrzehnten wird weit über Nazikreise hinaus am Mythos Dresden gestrickt. Im Rahmen des Kalten Krieges und in Abgrenzung zur Politik der BRD versuchte auch die DDR, die Bombardierung der Stadt als Argument gegen die Strategien der NATO ins Felde zu führen. Nach der Wiedervereinigung wurde Dresden benutzt, um die deutschen Kriegstoten in den Vordergrund zu rücken. Deutlich wurde dies in den öffentlichen Debatten um den Luftkrieg. In Büchern wie „Der Brand", in denen sprachlich die Luftangriffe auf Deutschland mit der Shoa auf eine Stufe gestellt wurden, wird der Tabubruch im Sinne der TäterInnen-Opfer-Verkehrung inszeniert. (...)

Es ist kein Zufall, dass Dresden für die Nazis eine große Bedeutung hat: Die politische Anschlussfähigkeit an Teile des bürgerlichen Lagers, das von einem rechten CDU-Landesverband dominierte Klima, ein scheinbar nazifreundliches Ordnungsamt, ein kaum vorhandenes zivilgesellschafliches Engagement und der anfänglich nur schwache antifaschistische Widerstand haben ihn so lange erhalten können. Seit 1998 wächst die TeilnehmerInnenzahl der Nazi-Aufmärsche. Nachdem sie anfangs im Wesentlichen ignoriert wurden, erreichten die Nazis um die Jahrtausendwende sogar eine Beteiligung aus der Dresdner Bevölkerung. Erst im Zuge der inhaltlichen Abgrenzung von Seiten der Stadt und in der Presse blieben die Nazis wieder unter sich.

Nicht zuletzt aufgrund der Debatten um den Nazi-Aufmarsch ist es in den letzten Jahren zu einer Reihe von sachlichen und umfassenden Darstellungen in Artikeln und Büchern gekommen. Ergebnis ist ein sich wandelndes Gedenken, bei dem der historische Kontext eine größere Rolle spielt als früher. Dennoch wird Trauer zum Teil immer noch ideologisch und politisch aufgeladen und überhöht, während die Verbrechen Nazideutschlands in den Hintergrund rücken.

Sachsen rechts außen

Der so genannte „Trauermarsch" hat die Funktion der Vernetzung, Ideologiebildung und Festigung einer neonationalsozialistischen Identität. Mit seinem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus stärkt er die Nazis nach innen und soll



strömungsübergreifende Einigkeit nach außen demonstrieren. Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem Angriffe auf MigrantInnen, Linke und alle anderen, die nicht in das menschenfeindliche Weltbild der Nazis passen, zur Normalität werden. Während und nach dem Aufmarsch treten die Nazis häufig und brutal in Aktion.

Gerade in Sachsen sind militante Neonazis in der Offensive. Durch die enge Verknüpfung mit dem Hooliganmilieu kam es z.B. beim Halbfinale der Fußball-EM zu einem beispiellosen Vorgehen gegen türkische und kurdische Läden in Dresden. Etwa 50 Nazis prügelten sich durch die Dresdner Neustadt; zerschlugen Geschäfte und verletzten dutzende Menschen. Nur wenige Tage zuvor versuchten 500 Nazis in das alternative Viertel einzumarschieren. Anschläge und rassistische Übergriffe gehören zum Alltag. ... Auch in den kommunalen und landesweiten Parlamenten sind die Nazis massiv vertreten und glänzen dort regelmäßig mit Skandalen und Pöbeleien.

Sie werden nicht durchkommen

... Am Sonnabend, den 14. Februar findet eine vielfältige und kämpferische antifaschistische Demonstration statt. Wir wollen mit unserer Präsenz, unseren Inhalten und unseren Aktionen ein deutliches Zeichen setzen.

Beteiligt euch an der europaweiten Mobilisierung und kommt zu den Aktionen gegen den Nazigroßaufmarsch!

¡No pasarán!
Kein Ort für die Verdrehung der Geschichte!

UnterstützerInnen (Stand 8.1.): No pasarán Dresden, Antifa Lausitz, Antifa Friedrichshain Berlin, Interventionistische Linke (IL), Avanti Norddeutschland, FelS Berlin, Antifaschistische Linke Berlin (ALB), Antifaschistische Initiative Südbrandenburg, AK Freiraum Dortmund, anarchia dresden, Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen, Antifaschistische Aktion Greifswald, Antifaschistische Aktion Westerwald, Antifa Haltern, Autonome Jugendantifa Köthen, Offene Antifa Recklinghausen, Antifa Demmin, Antifaschistische Koordination Köln und Umland (AKKU), Antifa Ravensburg, antifa.sozialbetrug chemnitz, FUSSBALLFANS GEGEN GEWALT UND RASSISMUS Chemnitz, Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. Marburg, Vereinigung aller Branchen - FAU Leipzig, [a²]-Hamburg, Antifaschistische Jugend Hattingen/ Sprockhövel, Sascha Wagener (Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE und Kreistagsabgeordneter Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Autonomes Bündnis Sachsen-Anhalt, haltsmaulnazi Aachen, Antifaschistische Linke International >A.L.I.< Göttingen, DFV (Deutscher Freidenker Verband) Ortsgruppe Nürnberg, Antifaschistische Aktion Soest, Autonome Antifa Rheine [AAR], Antifaschistische Aktion Hannover [AAH], antifaschistische Gruppen Hamburg, Antifaschistische Aktion LEVerkusen - [AALEV], linksjugend ['solid] Hessen, Antifa Wismar [AW], Antifa Nordwestmecklenburg, Grüne Jugend Dresden, Bambam Babylon Bajasch (Ragga-Punkband aus Köln), Strom und Wasser (Punk-/Folkband aus Hamburg), Minus Apes (HC-/Punkband aus Strausberg, Brandenburg), Soldateska (Punkband aus Dresden), Rohlink (Emo-Crust-Band aus Görlitz), Wegdenkung (Punkband aus Görlitz), ashtar-DXD („grindin trashin breakcore bastards" Leipzig/Dresden), Pseudowas (Liedermacherduo aus Görlitz), Antifagruppe Oranienburg (ago), Kommunistische Plattform (KPF) Hoyerswerda, Evrim Baba (Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus für Die Linke), hochschulpolitische Gruppe DIE LINKE.SDS Dresden, Landesverband Linksjugend ['solid] Thüringen, Antifa Prenzlauer Berg Berlin, Autonome Antifa Rochlitz-Geringswalde-Burgstädt [aargb], Dresdner AnwohnerInneninitiative Hecht bleibt (H)echt, Julia Bonk (Mitglied des Sächischen Landtag für Die Linke), linksjugend ['solid] Sachsen, Tamara Bunke - Verein zur internationalen Jugendverständigung e.V., Autonomal Versand, Infocafé Dresden, Red & Anarchist Skinheads Berlin/Brandenburg, Initiative Siempre Antifascista, „schoener-leben-ag" der Fachschule Bad Lausick, Undogmatische Antifa Gruppe Bergedorf [uAGB], MyTerror (Polit-Hardcore Band aus Düsseldorf), Fire and Flames - Music and Clothing (Göttingen), DKP Dresden, Antifaschistische Initiative Reinickendorf (AIR) Berlin, Kneipe „Trotzdem" Alaunstr. 81 Dresden, AG H.a.n.S. Ostsachsen, Sugar Crash (Female Punk Dresden), Ulla Jelpke (Mitglied des Bundestag für Die Linke), Jugend Antifa Nord-Ost (JANO) Berlin, Jugendantifa Berlin (JAB), Sevim Dagdelen (MdB, migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE), Infoladen Capuma Bingen, [autonome] antifaschistische linke potsdam [a]alp

Französischer Antisemit überschreitet neue Schwelle der Provokation

Dieudonné, ein französischer Schwarzer und früherer Antirassist, hat sich in den letzten Jahren zum besessenen Antisemiten entwickelt. Zwischen Weihnachten und Neujahr überschritt er nun eine neue Schwelle der Provokation. An der letzten Aufführung seines Spektakels des Jahres 2008, „J'ai fait le con", nahmen der (gerichts)notorische Holocaustleugner Robert Faurisson, aber auch Jean-Marie Le Pen und „Kémi Séba" – der Anführer einer rassistischen Schwarzensekte – teil.

Der 43-jährige Komiker und Theaterbesitzer Dieudonné M'bala, ein Franzose „gemischter" Herkunft – sein Vater ist Kameruner, seine Mutter Bretonin – hatte wie schon im Vorjahr in der Weihnachtszeit im Pariser Konzertsaal Le Zénith den Abschluss seiner Jahrestournée gefeiert. Am 26. Dezember konnte er dabei über 5.000 vorwiegend junge Menschen ziemlich unterschiedlicher Herkunft, die ein alles in allem relativ farbenfrohes Publikum bildeten, anziehen. Aber wie schon vor einem Jahr saßen auch in diesem Jahr Größen der französischen extremen Rechten im Publikum. Jean-Marie Le Pen war persönlich erschienen, neben einer seiner Töchter, Marie-Caroline, und mehreren Parteiprominenten aus der zweiten Reihe. Aber auch der Vordenker der intellektuellen „Neuen Rechten" Alain de Benoist, der üblicherweise die Niederungen der Realpolitik und die – aus seiner Sicht zu „theorielosen" und „plebejischen" – Anhänger des FN tunlichst vermeidet, hatte sich zu der Aufführung begeben. Im Saal saß aber auch Stellio Capochici alias „Kémi Séba", der als charismatisch geltende Anführer einer rassistischen und antisemitischen Schwarzensekte namens Tribu Ka – die seit 2006 verboten und vor einem knappen Jahr durch eine von Kémi Séba geleitete „Bewegung der Verdammten des Imperialismus" (MDI) ersetzt worden ist.

Ihnen allen gab Dieudonné – der Mann ist unter seinem Vornamen bekannt, der auch als sein Künstlername dient – ein Spektakel zum Besten, das er unter den Programmnamen „J'ai fait le con" (ungefähr: „Ich habe verrückt gespielt") aufführte. Der Titel bezieht sich auf Vorwürfe, die in der Vergangenheit gegen Dieudonné aufgrund antisemitischer Tendenzen und Auslassungen laut geworden sind. Der Künstler hatte etwa Anfang 2005 den Juden und den Überlebenden des Holocaust eine „Erinnerungspornographie" vorgeworfen.

Doch wie noch jedes Mal hat Dieudonné, statt sich zu entschuldigen oder zu mäßigen, eine offensive Taktik der Flucht nach vorn gewählt. So auch beim diesjährigen Abschlussspektakel im Saal Zénith, dessen Höhepunkt ein Auftritt des „Papsts" der Auschwitzleugner in Frankreich bildete: Robert Faurisson. Der mehrfach verurteilte Holocaustleugner, der seit 1979 mehrfach durch Veröffentlichungen für Skandale sorgte und der Ende dieses Monats 80 wird, wurde von Dieudonné auf die Bühne gebeten. Dort trat ihm ein Assistent Dieudonnés entgegen, gekleidet in einen gestreiften Pyjama, der entfernte Ähnlichkeit zur Kleidung von KZ-Häftlingen aufweist – von Dieudonné freilich als „Lichtkleidung" bezeichnet wurde. Der Assistent, der auch einen gelben Stern auf der Brust trug, überreichte Faurisson einen „Preis für Unberührbarkeit und Unverschämtheit". Ihn wie auch sich selbst stellte Dieudonné als Verfolgten und Verfemten, als Opfer der Medienmacht und einer herrschenden Meinungsdiktatur dar.

Die seit 2003 mit dem Anspruch einer „Modernisierung" und „Entdiabolisierung" des FN auf den Plan getretene Cheftochter Marine Le Pen ließ ihrem Zorn darüber, dass ihre Strategie durch solcherlei Aufttritte durchkreuzt werde, freien Lauf. „Diese Inszenierung ist niederschmetternd. Diese Typen sind bescheuert!!!" schrieb sie, mitsamt drei Ausrufungszeichen, in einem SMS an ihre engeren Mitarbeiter. Daraufhin wich ihr Herr Vater sogar seinerseits ein wenig zurück und relativierte seine anfänglichen positiven Kommentare. Nun aber fügte er hinzu, Dieudonné habe „es vielleicht ein bisschen übertrieben", und er habe sich „von der Show eines Chansonniers entfernt", es habe „eine Einmischung der Politik" gegeben.

Eine erstaunliche Verschiebung der Fronten, betrachtet man sich die handelnden Personen im Rückblick über ein Dutzend Jahre hinweg. 1997 war Dieudonné noch als Parlamentskandidat in Dreux – 80 Kilometer westlich von Paris –, der einstmaligen lokalen Hochburg des FN, gegen dessen Galionsfigur Marie-France Stirbois angetreten. Damals galt Dieudonné als Bannerträger des Antirassismus und Antifaschismus. Seine Talente bot er damals in einem Duo mit dem französisch-jüdischen Künstler Elie Semoun zum Besten.

Seit nunmehr fünf, bald sechs Jahren aber hat Dieudonné sich zunehmend in einen hasserfüllten Feldzug gegen die Erinnerung an die Shoah und gegen die Juden hineingesteigert. Eines der Motive hierfür liegt in einer Form der „Opferkonkurrenz", welche die so genannten ethnischen Minderheiten in den USA schon länger kennen. Dabei werfen etwa bestimmte Strömungen unter den Schwarzen den Juden vor, als historische Opfergruppe eine „privilegierte Stellung" einzunehmen: Dadurch, dass man „viel zu viel" über die Shoah und die antisemitischen Verfolgungen spreche, schweige man „über andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie den Sklavenhandel". Dieudonné, und ähnlich wie er auch „Kémi Séba", haben diese Opferkonkurrenz jedoch derart zugespitzt, dass sie in einer paranoiden Wendung jüdischen Protagonisten – oder, in einem historischen Anachronismus, „zionistischen Interessen" – vorwerfen, diese hätten selbst den Sklavenhandel organisiert. In ihrem Buch „Die Wahrheit über Dieudonné" referierte die französische Journalistin Anne-Sophie Mercier, Dieudonné sei überzeugt, Juden und nicht Christen seien für die Gräuel der Sklaverei verantwortlich. Und auf den Einwand, der Artikel 1 des Code Noir – des Gesetzbuchs, das den transatlantischen Sklavenhandel über 200 Jahre lang regelte – habe „die Beteiligung an diesem Geschäft" den Juden strikt verboten, habe Dieudonné ihr erwidert: „Das war nur deshalb notwendig, weil die Juden zu grausam waren, die Kinder von Sklaven über Bord warfen oder kastrierten. Ihre christlichen Kollegen mussten deswegen einschreiten." Dieudonné hat soeben eine Verleumdungsklage gegen Merciers Buch zurückgezogen.



Zugleich näherte Dieudonné sich in den letzten Jahren an Teile der extremen Rechten an – nämlich an jene Fraktionen, die eine gewisse Annäherung an Franzosen migrantischer Herkunft akzeptieren, sofern diese ihrerseits die Forderung nach Vaterlandsverteidigung „in Zeiten der Auflösung der Nationen und der Globalisierung" akzeptieren. Jene Fraktionen, welche die klassische pro-abendländische und kolonialnostalgische Ausrichtung des FN durch einen eher antiwestlichen Nationalismus ersetzen möchten. Traditionell koexistieren beide Tendenzen in der französischen extremen Rechten miteinander, die aus geschichtlichen Gründen in vielerlei Hinsicht ein sehr heterogenes Konglomerat bildet. Als Dieudonné erstmals bei einer Parteiveranstaltung des FN in Erscheinung trat – angeblich nur als neugieriger Besucher –, im November 2006 in der Pariser Vorstadt Le Bourget, weilte auf derselben Veranstaltung auch Anthony Attali. Er ist der Vorsitzende der rechtsextremen „Jüdischen Verteidigungsliga" (LDJ), des französischen Ablegers der rassistischen Kach-Bewegung, die in Israel wegen Rechtsterrorismus verboten ist. Und am Wahlabend des FN bei der Präsidentschaftswahl im darauffolgenden April bezog Dieudonné beinahe Prügel von rechtsextremen Fußballfans, die ebenfalls dort weilten und für die er schlicht „der Neger" war. Der Ordnerdienst der Partei zeigte sich aus diesem Anlass gespalten.

Bernhard Schmid, Paris ■

Die rechtsextreme Wahlvereinigung pro Köln bemüht sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln erneut in den Kölner Rat einzuziehen. Sie hat im Jahr 2004 mit 4,7 Prozent ein bedenkliches Ergebnis erzielt, rechnet man die Ergebnisse von NPD und Republikanern hinzu, erhielten rechtsextreme Parteien und Gruppierungen zusammen 5,9 Prozent der Stimmen.

Zur Zeit versucht pro Köln an jedem zweiten Samstag im Monat mit regelmäßigen Mahnwachen gegen den Moscheebau in Ehrenfeld Stimmung zu machen, tritt in anderen Stadtteilen gegen weitere Moscheebauen auf und kündigt eine fremdenfeindliche Kampagne gegen „Landfahrer-Lager“ an. Die selbst ernannte Bürgerbewegung will die Komunalwahl „zum Bürgerentscheid gegen den Großmoscheebau in Ehrenfeld“ machen, teilt ihr Oberbürgermeisterkandidat Markus Beisicht mit, ehemals Mitglied der Republikaner und der Deutschen Liga für Volk und Heimat.

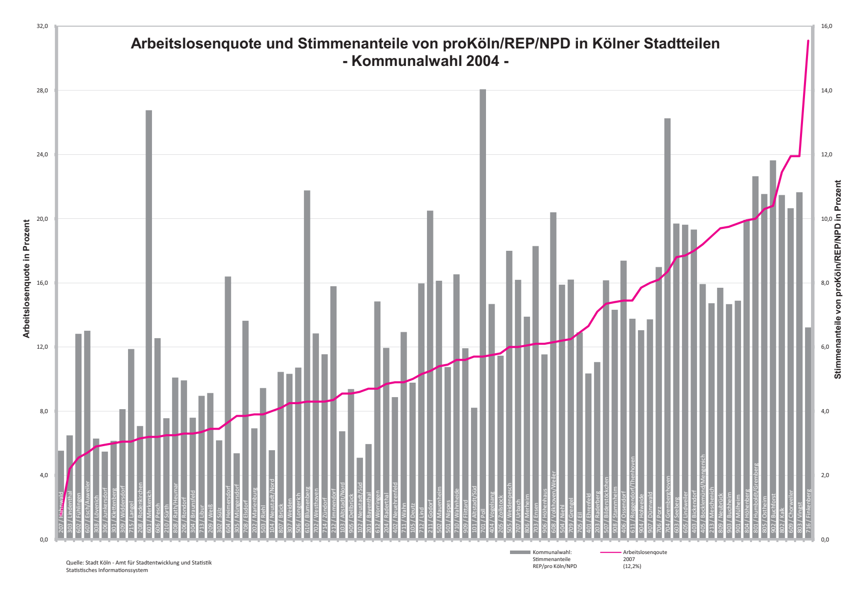
Vor diesem Hintergrund lohnt sich eine Befassung mit den Wahlergebnissen, die die Rechtsextremen bei der Kommunalwahl 2004 in Köln erzielten. Die abgebildeten Schaubilder beruhen auf Daten des Statistischen Informationssystems der Stadt Köln. Pro Köln bezeichnet sich selbst als rechtspopulistische Organisation und beruft sich darauf, als solche die Stimmen des Protestes bzw. der sogenannten schweigenden Mehrheit in der Stadt zu sammeln. Dafür spricht das Wahlergebnis nicht so einfach.

Betrachtet man die Wahlbeteiligung und die von pro Köln erzielten Stimmergebnisse nach Stadtteilen, so ist auf der einen Seite deutlich, dass in den Stadtteilen mit hoher Wahlbeteiligung die Rechtsextremisten keine hohen Wahlergebnisse erzielen. Dies sind die Stadtteile Hahnwald, Libur, Klettenberg, Weiß, Lövenich – also Stadtteile mit verhältnismäßig gut oder sehr gut situierter bürgerlicher Bevölkerung. Hier erhält die braune Truppe Stimmergebnisse weit unter dem Durchschnitt – sie liegen bei 3 Prozent. Aber auch in den armen Stadtteilen wie Chorweiler, in denen die Wahlbeteiligung mit 26 Prozent weit unter dem Durchschnitt liegt, erhält pro Köln nicht das beste Ergebnis. Die besten Ergebnisse erzielt das Wählerbündnis dort, wo es in den Jahren vor 2004 populistische Kampagnen losgetreten hat – so in Porz mit der Kampagne gegen die geplante Forensik, in Merkenich mit der Kampagne gegen das dortige Übergangswohnheim für Flüchtlinge, in Gremberghoven mit der Hetze gegen die Drogenberatungsstelle des Junkie-Bundes.

Für dieses Ergebnis sprechen auch Vergleiche der Stimmergebnisse rechtsextremer Parteien mit der sozialen Lage und dem Migrantenanteil im Stadtteil. In

Widerstand gegen und Kritik an „pro Köln“ ist dringend notwendig

Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit bekommen die Rechtsextremen nicht automatisch überdurchschnittlich gute Stimmergebnisse. Die Linie zeigt die Arbeitslosigkeit, die Balken jeweils die Stimmergebnisse der Rechtsextremen. Sehr ähnlich ist das Verhältnis zwischen Migrantenanteil und Stimmen für die Rechtsextremen. Das kann zwei Gründe



haben: Zum einen ist der Anteil der Migranten an den Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch und ein beträchtlicher Teil hat durch EU-Bürgerschaft oder deutsche Staatsangehörigkeit das Wahlrecht. Die Migrantenbevölkerung wählt pro Köln nicht. Zum anderen befasst sich pro Köln nicht mit den sozialen Problemen der Menschen – konkrete Antworten auf drängende soziale Fragen beantwortet die Truppe stets mit ausländerfeindlichen Parolen und Hetze gegen den Islam. Bis jetzt hat pro Köln in Ehrenfeld zwar einen ehemaligen CDU-Politiker aufgegabelt – der Versuch, nur in Ehrenfeld ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau zu starten, ging daneben. Die Wahlergebnisse von 2004 zeigen aber, dass es insbesondere in den Stadtteilen, in denen sich die braune Truppe tummelt, sehr notwendig ist, ihr entgegenzutreten und ihre demagogische Propaganda zu kritisieren. Die Auseinandersetzungen um den Moscheebau in Ehrenfeld zeigen: Wenn sich im Stadtteil Widerstand gegen die braunen Umtriebe regt, ändert sich die öffentliche Meinung und die rechtsextreme Propaganda hat weniger Chancen. *uld* ■

Erneut pro-Köln-Mahnwache vor DITIP-Moschee

KÖLN. Nur knapp 50 Anhänger fanden sich am Samstag, 10.1. zur monatlichen Mahnwache von „pro Köln“ in Ehrenfeld ein. Die Gegendemonstranten waren mit ca.150 TeilnehmerInnen stärker und – ausgerüstet mit Trillerpfeifen und Trommeln – auch wesentlich lauter, wurden aber durch die massiven polizeilichen Absperrungen daran gehindert, sich vor der Moschee zu positionieren wie bei den letzten Malen, Anlass für „pro Köln“ auf der Website zu behaupten, von linken Gegendemonstranten sei nichts zu sehen gewesen.

Fotos: Karin Richert





NPD-Verbot: CSU fordert „Dialogoffensive mit dem Bundesverfassungsgericht“

MÜNCHEN. Für „eine rasche Dialogoffensive mit dem Bundesverfassungsgericht zur Nachweisführung für ein NPD-Parteiverbot“ hat sich Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß vor dem Hintergrund der jüngsten Demonstrationen in Passau in einem Brief vom 5.1.09 an Ministerpräsident Horst Seehofer ausgesprochen. „Parteien und Organisationen, die außerhalb des demokratischen Spektrums stehen, gehören auch außerhalb der Rechtsordnung gestellt, damit die Bürger nicht wie bei Demonstrationen wie jetzt in Passau das Gefühl bekommen, der Staat ließe das alles geschehen“, so Weiß.

Wenn wie jetzt in Passau zwei Gerichtsinstanzen ein Demonstrationsverbot aufheben oder wenn Parteien wie die NPD staatliche Wahlkampfkostenerstattung bekommen, dann entspricht das zwar in der Rechtstheorie dem hohen Wert, den Meinungsfreiheit und politische Parteien in unserer Demokratie haben. Aber der Bürger versteht diese Zusammenhänge oft nicht. Deshalb müssen extremistisches Gedankengut genauso wie extremistische Parteien dahin, wo sie hingehören, nämlich ins rechtsstaatliche „off“, damit sie von den Spielregeln, die die Auseinandersetzung zwischen demokratischen Kräften schützen sollen, nicht profitieren können, so Weiß. Nicht umsonst gelte wegen der Erfahrungen aus der Weimarer Zeit für unsere wehrhafte Demokratie der Grundsatz „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“.

Ein neuer Anlauf für ein NPD-Verbot müsse diesmal aber erfolgreich sein. Daher müsse man im Vorfeld zwischen den verantwortlichen Politikern und den zuständigen Richtern am Bundesverfassungsgericht zu einer Linie kommen, wie man die erforderlichen Beweise für ein Verbotsverfahren beschaffen kann, so Weiß in seinem Schreiben an den Ministerpräsidenten. „Dass alle ‚billig und gerecht Denkenden‘ wissen, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, reicht für ein Verbot nach rechtsstaatlichen Maßstäben sicher nicht aus, sonst wären wir nicht besser als die Feinde unserer Verfassung“, so Weiß. Aber auch das Bundesverfassungsgericht müsse noch einmal in sich gehen, ob man die rechtsstaatlichen Anforderungen an die Erkenntnisgewinnung, die zur Ablehnung des ersten Verbotsantrages gegen die NPD geführt hatten, nicht überspanne. „Der Staat braucht ebenso scharfe wie trennscharfe Waffen gegen seine Feinde. Die bisherige bequeme Linie des Bundesverfassungsgerichts, eine reife Demokratie müsse einiges aushalten können, werde in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen politische Rattenfänger mit einfachen Lösungen immer Konjunktur haben, in dieser Form nicht gefahrlos für Staat und Gesellschaft durchzuhalten sein“, so Weiß ...

aus PM Nr. 6/09 Innenministerium ■

„Die Armut bekämpfen, den Frieden aufbauen“

Soldatengottesdienst 2009 im Kölner Dom



Am 8. Januar versammelte sich um 8 Uhr trotz eisiger Kälte vor dem Dom ein antimilitaristisches Empfangskomitee, bestehend aus ca. 40 Menschen und der Samba-Gruppe „Rhythms of Resistance“, um Generalfeldkardinal Meisner zu seinem jährlichen Soldatengottesdienst lautstark zu begrüßen. Gegen 9 Uhr huschte er fast unbemerkt ohne militärische Eskorte in den Dom. Hier produzierte er dann seine durch keine Altersweisheit getrübten Erbaulichkeiten. Kardinal Meisner stilisierte die Soldaten zu pazifistisch gesinnten Sankt Martins hoch. Er meinte, dass das Militär in einer Demokratie über Ordnung und Sicherheit in der Heimat wache (denkt er schon an den Einsatz der Bundeswehr im Innern?), demokratische Armeen seien Verteidiger des Guten und der Wahrheit, sie verteidigen die zu Unrecht angegriffenen (siehe USA- Irak- Afghanistan….). Auf zu neuen Kreuzzügen im Namen seiner Religion! Einige Demonstranten forderten daher auch: „Mit Meisner in den Heiligen Krieg“.

Ist ihm immer noch nicht klar – oder liest er keine Zeitung – dass Soldaten unter dem Druck ihr Leben zu verlieren IMMER zur Soldateska werden, dass Soldaten von Politikern IMMER zum falschen Zeitpunkt (wenn der Karren in den Dreck gefahren ist!) oder für die falsche Sache eingesetzt werden (nicht gegen die Armut, sondern für „Unsere Interessen“)?

Für Verwunderung sorgte nicht nur Meisners Predigt sondern auch die Tatsache, dass – wie Ohrenzeugen berichteten – der Kardinal diese für viele Anwesende gut hörbar mit der Musik aus Sergio Leones Film „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegt hatte! ■

Bundeswehr duldet Geschichtsrevisionisten

Die Bundeswehr setzt seit Jahren einen Geschichtsrevisionisten in der militärhistorischen Ausbildung ein. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage (16/11160) hervor. Dazu die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke:

Oberst a. D. Klaus Hammel wird von der 10. Panzerdivision seit 2003 im Rahmen „militärhistorischer Geländebesprechungen“ eingesetzt, obwohl er ein Bewunderer des Geschichtsrevisionisten und Bundeswehrgenerals a. D Gerd Schultze-Rhonhof ist. Dieser bestreitet die Schuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg und behauptet, Hitler habe lediglich die Menschenrechte der Deutschen verteidigen wollen. Schon sein Buchtitel „Der Krieg, der viele Väter hatte“, ist bezeichnend. Für solche Aussagen wurde er von Hammel schon im Jahr 2004 als „von allen fachlich wie menschlich hochgeschätzter ehemaliger Truppenführer unserer Armee“ gelobt, der sich durch „sorgfältiges Analysieren und tiefer gehendes Nachdenken“ auszeichne. Hammel hatte sich damals für eine Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft mit Schultze-Rhonhof eingesetzt.

Der Oberst a. D. werde „nach derzeitigem Kenntnisstand“ nicht weiter eingesetzt - aber lediglich aus Altersgründen. Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung nicht. Sie begnügt sich mit dem Hinweis darauf, militärische Vorgesetzte seien „mündige und verantwortungsbewusste Staatsbürger“ und dazu verpflichtet, „extremistischen Tendenzen mit Entschiedenheit entgegenzutreten“. Doch niemand in der Bundeswehr ist dem Geschichtsrevisionisten Hammel entgegentreten - im Gegenteil, er darf sogar den Rekruten sein verqueres Geschichtsverständnis vermitteln.

Hammel ist Mitglied des „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“, eines Vereins, der unverdrossen den Mythos der „sauberen Wehrmacht“ pflegt. In der Dezemberausgabe seiner Vereinszeitschrift „Die Gebirgstruppe“ werden die Morde der Wehrmacht an unbewaffneten Zivilisten als normale „Kriegshandlungen“ verharmlost.

Solche Behauptungen gehören zum klassischen Repertoire rechtsextremistischer Geschichtsrevisionisten. Solange die Bundeswehr hier keinen klaren Trennungsstrich zieht, braucht sie sich über neofaschistische Straftaten aus ihrer Mitte heraus nicht zu wundern.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE ■

Rechtsextreme Intellektuelle: Zurück auf der Bühne?

Es war kein alltäglich wirkendes Thema, über dem die Teilnehmer an einem zweitägigen Kolloquium am 30. und 31. Oktober 2008 brüteten. „Der Held in der europäischen Identität" lautete die Themensetzung. Es ging aber nicht darum, einen Besinnungsaufsatz zu verfassen, sondern um die philosophische Begründung von Politik – durchaus mit dem Ziel, früher oder später zu einem Agieren mit ganz handfesten Konsequenzen zu kommen. Sehr „handfest" war die Darstellung des vorgegebenen Themas in der Ankündigung zur Konferenz, die sich bei dem militant-neofaschistischen Infodienst im Internet „Novopress" fand. Dort wurde das Thema durch die Abbildung eines antik ausgestatteten Kriegers, mit Helm und Schwert, illustriert.

Nun blieb die Fragestellung nicht bei der Antike stehen, sondern man interessierte sich sehr konkret für die „europäische Identität" mit heutigen Bezügen. Es waren auch sehr konkrete Akteure heutiger „Realpolitik", die die ganze Veranstaltung – die in einer Bibliothek in Nizza stattfand – ausrichteten. Nämlich das Rathaus von Nizza sowie eine private Bildungseinrichtung, das „Europäische Institut für höhere internationale Studien" (IEHEI). Letzteres richtete schon zum dritten Mal die „Gespräche zur europäischen Identität" aus. Aber bei diesem Mal hatte es eine brisante Auswahl für den „Stargast" getroffen.

Denn der erste Konferenzredner, der am Vormittag des 30. Oktober – gleich nach dem Grußwort des stellvertretenden Bürgermeisters von Nizza, Bernard Asso, der im Rathaus für „europäische Angelegenheiten" zuständig ist – zu Wort kam, war niemand anders als Alain de Benoist.

Vom antiken Griechenland zu den „Indoeuropäern"

Der Mann, der seit den späten siebziger und frühen achtziger Jahren als „Papst der Nouvelle Droite (Neuen Rechten)" galt, ist seit über 40 Jahren „der" Vordenker einer konzeptuellen Erneuerung der extremen Rechten. Im Jahr 1968 gründete er in derselben Stadt, in Nizza, das GRECE oder „Forschungs- und Studienzentrum für die europäische Zivilisation". Der Name dieses zentralen Denklaboratoriums der extremen Rechten im darauf folgenden Vierteljahrhundert stand aber, in seiner abgekürzten Form, auch für einen Bezug auf (das alte) Griechenland, französisch >La Grèce<. Denn sowohl in der hellenischen Antike als auch bei heidnischen Kelten suchten die Vorzeigeintellektuellen dieser rechtsextremen Strömung Anknüpfungspunkte: Sie wollten mit der dominierenden „judeo-christlichen Kultur" brechen und an vor-monotheistische Wurzeln der „indo-europäischen Zivilisation" anknüpfen. Denn das „Judeo-Christentum" galt ihnen als von Übel: Einerseits sei es, aufgrund des jüdischen Ursprungs der Christenheit, ein (rassischer) „Fremdkörper in der europäischen Kultur". Auf der anderen Seite störte sie, dass die monotheistischen Religionen die Gleichheit aller Menschen vor einem einzigen predigen: Diesen „schädlichen Egalitarismus" sah man bereits als historische Vorstufe zum Kommunismus an.

In seinem jüngsten Vortrag in Nizza sprach Alain de Benoist übrigens über Georges Dumézil. Auch dies ist kein Zufall: Dieser, 1986 verstorbene, Linguist forschte zu „indo-europäischen Sprachfamilien". Auch wenn er selbst keine ideologischen Absichten damit verbunden haben mag, wird er doch seit Jahrzehnten durch Rechtsextreme für ihre Sache vereinnahmt: Wo der Wissenschaftler nach Abstammungslinien der „indo-europäischen Völker" suchte, erblicken sie „Arier".

„Preis für das liberale Buch 2008" ging an langjährigen rechtsextremen Funktionär

Aus dem dereinstigen Dunstkreis rund um Alain de Benoist kommt auch Yvan Blot, ein hoher Beamter, der lange Jahre im elsässischen Strasbourg/ Straßburg ansässig war – inzwischen aber (wohl aus beruflichen Gründen) in Paris lebt, wo er im großbürgerlichen 16. Arrondissement ansässig ist. Im April dieses Jahres erhielt besagter Yvan Blot nun eine Auszeichnung: den „Preis für das liberale Buch 2008", für ein Werk, das er über den britischen Liberalen Herbert Spencer verfasst hatte. (Vgl. seine im Internet abzurufende Dankesrede bei Antritt des Preises: http://www.dailymotion.com/video/x5b33s_yvan-blot-prix-du-livre-liberal-200_news) Aber derselbe Herr ist für Kenner der französischen extremen Rechten ein uralter Bekannter.

Bevor er sich – aufgrund der Spaltung des FN in Le Pen- und Mégret-Anhänger (1999), die ihn zutiefst verunsicherte – im Jahr 2000 aus der aktiven Politik zurückzog und sich seiner Laufbahn im gehobenen Staatsdienst widmete, war er einer der führenden Intellektuellen des FN. Dort bewegte er sich im Umfeld des früheren Chefideologen der Partei, Bruno Mégret, der im Dezember 1998 durch Jean-Marie Le Pen geschasst wurde, was eben jene Spaltung auslöste. Neben Schulungsaufgaben war Blot damals beim FN auch für die internationalen Kontakte zuständig, insbesondere nach Deutschland. Dort nahm er, 1992 in München, am so genannten „Leuchter-Kongress" der Auschwitzlügen-Anhänger teil und wurde zusammen mit dem Neonazi Bela Ewald Althans photographiert.

Seit 2005 ist Blot nun allerdings wieder Mitglied einer konservativen Partei, der UMP Nicolas Sarkozys. Ähnlich wie andere ehemalige intellektuelle Gefolgsleute des GRECE hat er allerdings Übung in Sachen Unterwanderungsstrategie zwecks „Gewinnung der (ideologischen) Deutungshoheit". Denn schon früher war er in bürgerlichen Parteien organisiert: Yvan Blot trat im Jahr 1989 vom damaligen neogaullistischen RPR (einem Vorläufer der jetzigen UMP) zum rechtsextremen FN über. Neben ihm waren auch andere GRECE-Schüler, wie Jean-Yves Le Gallou und Mégret selbst, bis Mitte der achtziger Jahre und bis zum Aufstieg des FN bei konservativ-liberalen Parteien aktiv. Dort versuchten sie, „die Begriffe zu besetzen" und diese Parteien ideologisch nach Rechts zu ziehen, u.a. mittels der von ihnen als „Metapolitik" („jenseits der Politik") bezeichneten Aktivität. Dabei ging es nicht darum, zu tagespolitischen Fragen aktuell Stellung zu beziehen oder offenen Rassismus und Anti-Egalitarismus zu predigen – sondern historische Symbole in den Raum zu setzen und durch stetige Bearbeitung bestimmten Worten einen neuen Sinn geben. So versuchte etwa Mégret wiederholt dem Wort „Demokratie" einen neuen Sinngehalt zu verpassen: Diese bezeichne die „Herrschaft des Volkes"; um aber Subjekt dieser Herrschaft sein zu könne, müsse das Volk (gemeint war: ethnisch und kulturell) „homogen" sein. In Anlehnung etwa an Carl Schmitt wurden so, in beharrlicher geistiger Arbeit, Begriffe verzerrt.

Auch wenn Yvan Blot nun wieder in konservativen Kreisen gelandet ist, was seine Parteimitgliedschaft betrifft, so hat er doch seinen ideologischen Hobbys und Manien nicht abgeschworen. Im Gegenteil. Noch im Jahr 2006 publizierte Blot beispielsweise ein Buch über „Unser griechisches Erbe", und hielt Vorträge über „Die Kritik der Demokratie bei den griechischen Philosophen". Aus letztgenanntem Anlass wollte er etwa anstelle der „vier modernen Idole: Technik, Subjekt, Arbeit, Geld" lieber folgende „Werte" setzen: „Erde, religiöses Prinzip, Königtum (Anm.: im übertragenen Sinne), Freiheit". Um eine „Welt" zu schaffen, die „auf Pflichten, auf einer Aristokratie begründet ist". (vgl. http://cafebleu.over-blog.com/article-2826068.html) Der ewige Griechenlandfimmel – wie er sich schon im Namen des GRECE widerspiegelt(e) –, Kritik der Demokratie und des Egalitarismus, Eintreten für „Aristokratie", angeblich „natürliche" Ungleichheit und Erdverbundenheit: Alles Wesentliche vom Denken der rechtsextremen Intellektuellen ist bei ihm offenkundig noch vorhanden.

Nun erhielt er also einen Preis für das „liberale Buch 2008". Dabei sei darauf hingewiesen, dass der französische ‚Libéralisme'-Begriff, in seiner überwiegenden

Benutzung, nur den Aspekt des wirtschaftlichen Liberalismus (im Sinne des Eintretens für eine ungezügelte „freie Marktwirtschaft“ und das Recht des wirtschaftlich Stärkeren) bezeichnet, aber nicht notwendig den im Deutschen so genannten Bürgerrechtsliberalismus einschließt. Im Französischen sind, im üblichen Gebrauch, beide Begriffe getrennt: den Wirtschaftsliberalismus nennt man ‚libéral‘, hingegen bezeichnet man ein Eintreten für die Bürgerrechte oder ein Bürgerrechtsbewusstein als ‚engagement citoyenne‘ oder ‚conscience citoyenne‘. Und ist im Französischen kein logisches Problem, etwa auch die Diktatur des Generals Augusto Pinochet – der das damalige Chile durch massive Privatisierungen in einen Vitrine für den Wirtschaftsliberalismus verwandelt hat, aber zugleich mit autoritärer „eiserner Faust“ regierte – als ‚libéral' zu bezeichnen.

Verliehen wird der „Preis für das liberale Buch“ – dessen Name denn doch etwas seltsam klingt, wenn er an einen langjährigen rechtsextremen Ideologen geht, selbst wenn dieser sich bürgerlich zu tarnen versteht – durch eine Vereinigung namens ALEPS („Vereinigung für die wirtschaftliche Freiheit und den sozialen Fortschritt“). Es handelt sich dabei um einen Club von thatcheristischen Wirtschaftsliberalen, der extrem gewerkschafts- und sozialstaatsfeindlich ausgerichtet ist. Er kann zwar nicht insgesamt als rechtsextrem gelten, aber der Verein animiert auch eine Radiosendung auf dem Sender „Radio Courtoisie“, der eine Schnittstelle zwischen Konservativen und Rechtsextremen bildet und bei dem auch regelmäßig Vertreter des FN zu Wort kommen. Im Kern tritt die ALEPS für einen möglichst „unpolitischen“ und von Technokraten regierten – also gesellschaftlichen Kontroversen und sozialen Ansprüchen weitestgehend entzogenen – starken Staat ein. Gewerkschaften sollen zurückgedrängt werden. „Den Arbeitern und den Bürgern“ werden dafür, als „wahre Demokratie“, „der Markt und die Konkurrenz“ als Betätigungsfeld angeboten. (Vgl. http://www.humanite.fr/2007-12-17_Politique_A-l-ALEPS-de-vrais-democrates) Vielleicht kein Wunder, dass man dort auch mit eventuell autoritär gepolten Rechten keine Probleme zu haben scheint.

Neue rechtsextreme Zeitung

Eines der Betätigungsfelder für rechtsextreme Intellektuelle, mögen sie nun aus der Denkschule des GRECE kommen oder nicht, war lange Zeit die Presse. Alain de Benoist persönlich löste in den Jahren 1979/80 einen in die breite Öffentlichkeit getragenen Skandal aus, als publik wurde, dass er beim ‚Figaro-Magazine' – der Wochenendbeilage der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro' – Anstellung gefunden hatte. Dieses Wochenmagazin bildete damals, zusammen mit der ebenfalls wöchentlich erscheinenden Zeitschrift ‚Spectacle du Monde', ein Sammelbecken für rechtsaußen stehende Denker und Schriftsteller. Die Redaktion der dazu gehörigen Zeitung war zwar eher bürgerlich-konservativ ausgerichteten, betrachtet, das Treiben dieser scharfzüngigen und mitunter gut formulierenden Publizisten als „Gegengift“ zum – damals in der intellektuellen Landschaft eher dominierenden – Marxismus. Noch lange Jahre blieb ein Einfluss von (teilweise aus dem Umfeld des GRECE kommenden rechtsextremen Schreibern auf das ‚Figaro-Magazine‘ erhalten, unter anderem verbunden mit dem lange als Redakteur dort arbeitenden früheren GRECE-Mitglied Patrice de Plunkett. Seit dessen Tod, einem Relaunch des Magazins sowie einer gewissen Begradigung der politisch-redaktionellen Linie ist ihr Einfluss dort allerdings seit nunmehr zehn Jahren fast auf den Nullpunkt zurückgegangen.

Ankündigung: Auf politischer Ebene gegen die aktuellen Massaker der israelischen Armee in Gaza zu opponieren, hat – den Fakt als solches genommen – nichts mit Antisemitismus zu tun. Es gilt freilich auch: Wer zuvor schon Antisemit war, wird diese politische Situation zu nutzen versuchen, um seine ohnehin gefassten Ressentiments (gegen Juden als solche) zu festigen und öffentlich zu verbreiten. Dies gilt beispielsweise, in den letzten Tagen, für Dieudonné. Es gilt in ähnlicher Form auch für Teile der französischen extremen Rechten – während ein anderer Teil dieses politischen Lagers dem Vorgehen der israelischen Armee heftigen Applaus spendet. Die extreme Rechte Frankreichs ist entlang dieser Frage zutiefst gespalten. Unterdessen übt Jean-Marie Le Pen sich einmal mehr in Relativierungen des Holocaust, durch unangemessene Vergleiche zwischen der Lage in Gaza und den NS-Vernichtungslagern. Ausführlicheres dazu, zur Rolle von Dieudonné, Le Pen und anderen Gestalten in der nächsten Ausgabe der AN....

Es blieb als Betätigungsfeld eine rechtsextreme Presse, die freilich kein Massenpublikum erreichte, wie die FN-nahe (und zu 40 % im Eigenbesitz der Partei befindliche) Wochenzeitung ‚National Hebdo‘ (NH). Letztere musste jedoch im Mai 2008 ihren Bankrott anmelden: Die Partei hatte, infolge ihrer massiven finanziellen Schwierigkeiten, jegliche monetäre Unterstützung eingestellt.

Nun steht aber Ersatz bereit, und auch Alain de Benoist – der sich lange Zeit vom Front National, der ihm bei weitem zu „plebejisch“, theorielos und rabaukenhaft war, ausgesprochen fern hielt – ist mit von der Partie. Am 30. Oktober 2008 erschien die erste Ausgabe der neuen rechtsextremen Zeitung ‚Flash‘. Ein Teil der früheren Redaktion von ‚NH‘ ist mit von der Partei, etwa Nicolas Gauthier, der sich um die Interviews kümmert, und die Kolumnistin respektive Glossen-Verfasserin ‚Topoline‘ (hinter dem weiblichen Pseudonym verbirgt sich allerdings ein männlicher Autor). Auf den ersten Blick wirkt die Zeitung eher dünn, und mit ihrem Farbdruck eher wie eine Boulevardzeitung. Bei NH beschränkten sich die Farben noch auf Schwarz und Weiß, sowie rot für die (deshalb mitunter „schreiend“ wirkenden) Titelblätter.

Der Inhalt aber hat es in sich, oder jedenfalls die Namen, die künftig für diesen Inhalt sorgen sollen. Alain de Benoist, der sich bislang aus dem „Tagesgeschäft“ der extremen Rechten – sei es in Partei- oder in Zeitungsform - weitgehend heraushielt, ist in der ersten Ausgabe mit einer vollen Seite vertreten. Darin analysiert er die aktuelle Finanzkrise, wobei sein Artikel weitgehend „unverfänglich“ formuliert ist in dem Sinne, dass er – so, wie er abgedruckt wurde – auch in vielen Zeitungen völlig anderer Orientierung hätte erscheinen können. Aber eine solche Fähigkeit, die eigene Orientierung hinter einer sachlich wirkenden oder aber auch aus anderen politischen Strömungen entlehnten Argumentation zu verbergen, zeichnete de Benoist schon immer aus.

Der redaktionelle „Kopf“ der neuen Zeitung – während als Herausgeber der rechtsextreme Verleger Philippe Randa firmiert – ist Alain Soral, ein früherer Linker und Publizist, der sich für einen Intellektuellen hält und als Berufsprovokateur (etwa mit dem Bekenntnis „Ich bin ein Macho“ und der Veröffentlichung eines Buchs unter dem Titel „Anleitung zum Anbaggern“) auftritt. In der ersten Nummer des neuen Blatts beklagt er sich darüber, er müsse in Frankreich in einem „weichen GULAG“ leben, da die Medien einem „Dissidenten“ wie ihm kein Gehör verschafften – es wäre ihm persönlich noch lieber gewesen, in der Sowjetunion Opfer des wirklichen GULAG oder Opfer der McCarthy-Kampagnen in den USA zu werden. Denn in diesem Falle würde man wenigstens von ihm als heldenhaftem Widerständler reden. So aber sei sein heutiges Schicksal, und das der übrigen Dissidenten, noch viel beklagenswerter.

Neben Alain Soral meldet sich der mit ihm befreundete schwarze Antisemit Dieudonné M'bala zu Wort, der sich in einem längeren Interview gegen „Denkverbote“ – denen seine Wortmeldungen zum Opfer fielen – wendet. Und den Außenpolitikteil der Zeitung gestaltet als verantwortlicher Redakteur Christian Bouchet, ein – laut eigenen Worten – „Nationalbolschewist“, der innerhalb der extremen Rechten aufgrund seines Sektierertums (und seiner zeitweiligen bizarren esoterischen Neigungen) als sehr umstritten gilt.

Die ersten Ausgaben der Zeitung konnte Bouchet ziemlich stark prägen. So enthält die Nummer 2 vom 17. November 2008 eine mehrere Seiten (von insgesamt 16 des doch ziemlich dünn wirkenden Blättchens) umfassende Titelstory unter der Überschrift: „Die spinnen, die Amerikaner! Gegen das Imperium, der Widerstand...“ Darin träumen Christian Bouchet, Alain Soral (der von einer jüngst absolvierten Reise nach Serbien berichtet: „Das Kosovo existiert nicht!“) und Nicolas

→

Größte Massenabschiebung der EU-Geschichte

Heimlich wurden am 4. November 71 abgelehnte Asylsuchende aus 11 EU-Staaten nach Nigeria und Gambia ausgeflogen. Nach Berichten der österreichischen Medien war der Aufwand für die Massenabschiebung gigantisch. Im Schnitt kamen auf jeden Abzuschiebenden 2,6 Polizisten, womit knapp 200 in- und ausländische Beamte an Bord des gecharterten Airbus (Kosten 304.792 Euro) waren, zudem ein Arzt und zwei Beobachter. Mit an Bord war auch Günter Ecker von der österreichischen Pseudo-Nichtregierungsorganisation „Verein Menschenrechte". Der lobte die Professionalität der Operation, für die die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX den beteiligten Nationen mehr als eine halbe Million Euro erstattet.

Quelle: ProAsyl Newsletter Nr. 142 ■

Eine Welt der Migration: Der Bericht „World Migration 2008"

Auf der Welt gibt es laut einer Statistik der ILO aus dem Jahr 2006 rund 86 Millionen Arbeitsmigrantinnen und –migranten. Ein knappes Drittel von ihnen lebt in Europa, etwas weniger – unter 30 Prozent – jeweils in Asien und Nordamerika. Afrika bringt es auf knapp acht Prozent, Ozeanien, Lateinamerika und die Karibik auf je drei Prozent. Arbeitsmigration findet hauptsächlich zwischen Entwicklungsländern statt und nicht aus Entwicklungsländer in die industrialisierten Staaten.

(Der eher ungenaue Begriff Entwicklungsland, der zum Beispiel auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung benutzt wird, beschreibt ein Land mit niedrigem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, ein industrialisiertes Land ist demgegenüber ein Land mit hohem BIP pro Kopf, ohne dass die Grenzen genau definiert sind. Zwischen diesen beiden Gruppen liegen die so genannten Schwellenländer.)

Die große Mehrheit der Arbeitsmigrantinnen und -migranten ist nach wie vor gering qualifiziert. Bei Wanderung in die OECD-Staaten gibt es aber einen signifikanten Anstieg der hochqualifizierten Zuwanderer in den Arbeitsmarkt. Das Plus zwischen 1990 und 2000 lag bei 46 Prozent. Dies ist keine alleinige Süd-Nord-Wanderung, sondern auch eine Wanderung zwischen entwickelten Ländern. In einigen OECD-Staaten übertraf die Zuwanderung von Hochqualifizierten die derer mit geringer Qualifikation, was auf eine sehr gezielte Zuwanderungspolitik hindeutet.

Dies sind einige Daten und Entwicklungen, die im Bericht „World Migration 2008", der gerade erschienen ist, beschrieben werden. Herausgeber ist die in Genf ansässige International Oraganization for Migration (IOM). Schwerpunktmäßig untersucht der Bericht Möglichkeiten, Arbeitsmobilität in der sich globalisierenden Ökonomie zu organisieren. Der Bericht geht davon aus, dass auf Grund unterschiedlicher demografischer Entwicklungen in den Weltregionen und einer globalen Konkurrenz unter den verschiedenen Wirtschaftsstandorten es zu verstärkten Wanderungsbewegungen kommen wird. Zum einen geht es um den bereits angelaufenen Wettbewerb um die „besten Köpfe". Zum anderen prognostiziert der Bericht aber auch einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften mit niedrigen und mittleren Qualifikationen in den Industrieländern. Das ist der demografischen Entwicklung in alternden Gesellschaften geschuldet, in denen die Jungen vermeintlich unattraktive Berufe etwa in der Landwirtschaft, auf dem Bau oder in der Pflege meiden und dadurch Engpässe entstehen.

Da in einer Reihe von Ländern die Anwerbung von Arbeitskräften mit niedrigen und mittleren Qualifikationen gesellschaftlich umstritten ist, lässt sich ein Wiederaufleben von Programmen für temporäre Migration dieser Gruppen beobachten. Aus Sicht von Ryszard Cholewinski, Mitherausgeber des WMR 2008, kann das dazu beitragen, Engpässe und Ungleichgewichte auszugleichen. „Allerdings kann eine solche Strategie nur funktionieren, wenn es ergänzend dazu Vorstellungen darüber gibt, die Humanressourcen in allen Arbeitskräftepotenzialen zu entwickeln und die Rechte der Arbeitsmigranten, die an solchen Programmen teilnehmen, angemessen zu schützen."

Der Bericht „World Migration 2008" kann über den Buchhandel bezogen werden: ISBN 978-92-9068-405-3, Preis 80,- US Dollar. Im Internet lassen sich die einzelnen Kapitel auf der Seite der IOM (www.iom.int) herunter laden.

Quelle: Publikation Forum Migration Januar 2009 ■

Das Gedenken an Oury Jalloh wachhalten!

BERLIN/DESSAU. Am 7. Januar findet in Dessau eine Demonstration zum Gedenken an Oury Jalloh statt, der an diesem Tag vor vier Jahren in einer Dessauer Polizeiwache verbrannte. Dazu Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag: „Stellvertretend für alle Opfer rassistischer Polizeigewalt muss das Gedenken an Oury Jalloh wach gehalten werden. Erst vor wenigen Wochen und damit fast vier Jahre nach dem gewaltsamen Tod Oury Jallohs auf einer Dessauer Polizeiwache endete der Prozess gegen die verantwortlichen Beamten mit Freisprüchen aus Mangel an Beweisen. Niemand konnte verurteilt werden, weil die Ermittlungen schlampig geführt und Beweismittel manipuliert waren und die geladenen Polizeizeugen keine verwertbaren Aussagen abgaben. Es wird niemals zweifelsfrei aufgeklärt werden können, wie ein stark betrunkener Mann sich gefesselt auf einer feuerfesten Matratze selbst verbrennen konnte - und danach ein weitgehend unbeschädigtes Feuerzeug in der Zelle gefunden werden konnte. Ich unterstützte daher die Forderung der Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh nach Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Feuertodes.

→ Gauthier (früher bei ‚National Hebdo') von einer vermeintlichen Einheitsfront gegen die US-Hegemonie. Diese soll - ihnen zufolge - „russische Nationalisten", serbische Ultras, den Iran unter Präsident Ahmedinedjad, den irakischen „Widerstand", aber auch Venezuelas Linkspopulisten Hugo Chavez und andere lateinamerikanische politische Anführer (Evo Morales, Rafael Correa, Daniel Ortega oder Fidel Castro) umfassen. Wie immer man auch zum linkspopulistischen Militär und Staatschef Hugo Chavez stehen mag: Weder er (über den das Blatt schreibt: „Hugo Chavez in Frankreich wäre Le Pen") noch der bolivianische Präsident und frühere Wortführer der entrechteten indigenen Bevölkerung, Evo Morales – laut ‚Flash' angeblich „ein Gewerkschafter, der aus der radikalen Rechten hervorging" (sic!) – können etwas dafür, dass diese Faschisten versuchen, an sie anzudocken und sie einfach für ihren rechten Antiamerikanismus zu vereinnahmen.

In der Ausgabe Nummer 3 vom 4. Dezember 2008 wiederum entdeckt Christian Bouchet sozusagen „völkische" Kräfte, um eine deutsche Begrifflichkeit überzustülpen –, im (angeblich) auseinander brechenden Belgien. Seine Interpretation der Zustände im, zeitweise von politischen Krisen geschüttelten und dann doch wieder (vorübergehend oder dauerhaft?) stabilisierten, Nachbarland lautet: „Die Wallonen wollen zu Frankreich, die Flamen zu den Niederlanden!" Bouchet erträumt sich wohl ein Großfrankreich nach faschistischem Gusto, das freilich mit der Tradition des französischen republikanischen Nationalismus – der auf 1792 rekurriert – radikal bricht.

Bernhard Schmid, Paris ■

Doch rassistische Polizeigewalt beginnt im Kleinen: dort, wo Menschen dunkler Hautfarbe ungefragt gedutzt werden. Wo Menschen allein aufgrund ihres ausländischen Aussehens an Bahnhöfen und in Zügen von Polizisten angehalten, überprüft und damit zur Schau gestellt werden. Wo einfach mal härter zugelangt wird, es ja „nur" ein „Ausländer" ist.

DIE LINKE. ist solidarisch mit all denjenigen, die sich gegen ein solches rassistisches Handeln von Polizei und Behörden zur Wehr setzen und dagegen ihren Protest auf die Straße bringen."

Berlin, den 6. Januar 2009
Pressemitteilung Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Togoer erstattet Anzeige gegen Polizei wegen Körperverletzung im Amt

Hannover. Der am 26.11.08 von Zivilpolizisten in Hannover während einer Razzia festgenommene Togoer Koamivi Agos Assimewlui stellt mit Hilfe seines Anwalts Anzeige gegen die Polizei wegen Körperverletzung im Amt.

Koamivi Agos Assimewlui schilderte dem Flüchtlingsrat Niedersachsen, dass die Behandlung durch die Polizei noch weitaus brutaler gewesen sei, als bisher über die Medien bekannt wurde. Neben den erniedrigenden Behandlungen durch die Beamten, die bereits in Zeitungen beschrieben wurden, berichtet Assimewlui u.a., dass er von einem Zivilpolizisten im Fahrstuhl auf der Wache bis zur Ohnmacht gewürgt worden sei, während seine Hände auf dem Rücken gefesselt waren. Medizinische Untersuchungen unterstreichen den Verdacht einer Misshandlung: Eine Ärztin attestierte Assimewlui u.a. Prellungen am Kehlkopf und überwies ihn ins Nordstadtkrankenhaus in Hannover. Überdies leidet Assimewlui unter den psychischen Folgen des Polizeiübergriffs.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge. „Die Todesfälle in Dessau und Bremen, wo schwarze Flüchtlinge unter bis heute ungeklärten Umständen in Polizeihaft starben, sind nur die Spitze des Eisbergs. Immer wieder gehen Beschwerden von Menschen bei uns ein, die geltend machen, dass sie ohne ersichtlichen Grund und offenbar anknüpfend allein an die Hautfarbe durch die Polizei kontrolliert, diskriminiert und gedemütigt werden. Auch im Fall des Assimewlui ist nicht auszuschließen, dass das Vorgehen der Polizei rassistisch motiviert war. Sollten sich die Vorwürfe gegen die Polizei bestätigen, muss das selbstverständlich auch angemessene personelle und strafrechtliche Konsequenzen haben", fordert Norbert Grehl-Schmitt, Vorsitzender des Flüchtlingsrats. Die Kritik des Flüchtlingsrats richtet sich auch gegen den hannoverschen Polizeipräsidenten Binias. Der Flüchtlingsrat hält es für unerträglich, dass Binias ohne nähere Untersuchung der Vorgänge seinen Untergebenen hervorragendes Verhalten bescheinigt, Assimewlui aber auf der anderen Seite mit einer Anzeige wegen Widerstand einschüchtern will und gleichzeitig Assoziationen hervorruft, die ihn in die Drogendealerecke drängen. Ein solches Verhalten lässt nicht darauf schließen, dass die Polizeiführung ein ernsthaftes Interesse an der Aufklärung und Bekämpfung von strukturellem Rassismus hat. Der Flüchtlingsrat und weitere Organisationen werden die Aufarbeitung des Vorfalls aufmerksam beobachten und Assimewlui unterstützen.

Quelle: Presseerklärung des Flüchtlingsrats Niedersachsen, 12.12.08 ■

Rechtswidriger Abschiebungsversuch im LK Wesermarsch

Niedersachsen. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat am 23.12.2008 Dienstaufsichtsbeschwerde bei Landrat Höbrink über einen verantwortlichen Mitarbeiter der Ausländerbehörde des Landkreises Wesermarsch wegen eines menschenunwürdigen und rechtswidrigen Abschiebungsversuchs erhoben, der glücklicherweise gescheitert ist.

Vater, Mutter und einer der beiden zu diesem Zeitpunkt sich zu Hause aufhaltenden Söhne der armenischen Familie M. wurden am Morgen des 15.12.08 gegen 6 Uhr ohne vorherige Ankündigung zu Hause von der Polizei abgeholt, um sie zum Frankfurter Flughafen zu fahren, von wo aus gegen 15 Uhr ein Flug nach Armenien gehen sollte. Den Flüchtlingen wurden ihre Handys abgenommen, und sie wurden gefesselt in das Auto gesetzt. Die Frage, ob sie ihre Rechtsanwältin anrufen könnten, wurde damit beantwortet, dass ihnen dies in Frankfurt erlaubt würde, vorher nicht. Nur weil der Abtransport beobachtet wurde und einer der beiden Söhne nicht dabei war, gelang es, die Anwältin noch rechtzeitig (gegen 7 Uhr) zu erreichen und die Abschiebung über das VG Oldenburg noch vor Frankfurt zu stoppen (gegen 12 Uhr). Bei einem Anruf erst aus Frankfurt wäre dies voraussichtlich nicht mehr möglich gewesen.

Ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde hatte der Familie M. noch am 20.11.2008 schriftlich mitgeteilt, dass eine Abschiebung „frühestens ab dem 1. Januar 2009" erfolgen würde. Dennoch verständigte er bereits am 6.12.2008 das Landeskriminalamt und leitete so die Abschiebung ein, die durch das Verwaltungsgericht im letzten Moment verhindert werden konnte. In seinem die Abschiebung untersagenden Beschluss vom 15.12.2009 [Az. 11 B 3278/08] formuliert das Verwaltungsgericht Oldenburg unmissverständlich: „Aus diesen Schreiben [der Ausländerbehörde] konnten die Antragsteller bei verständiger Würdigung … entnehmen, dass eine zwangsweise Aufenthaltsbeendigung nicht vor dem genannten Termin durchgeführt wird, und sich folglich in ihren persönlichen Dispositionen hierauf einstellen".

Die Frage, ob der Familie M. letztendlich ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zusteht, mag dahingestellt bleiben. Fakt ist jedoch, dass die Familie seit siebeneinhalb Jahren in Deutschland lebt und sich hier integriert hat. Die nach §60a Abs. 5 AufenthG vom LK Wesermarsch gesetzte Frist dient dem Zweck, dass die Betroffenen ihre persönlichen Verhältnisse ordnen und eine Rückkehr, wenn sie denn erzwungen werden soll, in Würde zu ermöglichen. Zu einem menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen gehört es, dass ein vorgesehener Abschiebungstermin den Betroffenen rechtzeitig und schriftlich mitgeteilt wird. Vollkommen indiskutabel und rechtswidrig ist es in jedem Fall, wenn noch vor Ablauf der den Betroffenen gesetzten Frist hinter ihrem Rücken die Abschiebung versucht und der Kontakt zu der Anwältin am Morgen der Abschiebung unterbunden wird.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat den Landrat Höbrink daher aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Landkreis Wesermarsch Recht und Gesetz beachtet und ein menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen gepflegt wird.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

UNHCR betreut 32 Millionen Menschen

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat eine Gesamtstatistik für das Jahr 2007 unter dem Titel „Auf einen Blick 08" veröffentlicht. Das UNHCR schützt und unterstützt rund 32 Millionen Menschen, die durch Krieg, Verfolgung und massive Menschenrechtsverletzungen heimatlos geworden sind. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge weltweit dürfte aber noch weitaus höher liegen.

Die meisten Flüchtlinge stammen aus Afghanistan. Mehr als zwei Millionen Menschen aus diesem Staat haben in Pakistan, dem Iran, Großbritannien und Deutschland Zuflucht gefunden. Auf dem zweiten Platz folgen Menschen aus dem Irak (1,2 Millionen), die zu großen Teilen nach Syrien und Jordanien geflohen sind. Auf dem dritten Platz folgen mehr als 500.000 Sudaner, die hauptsächlich im Tschad, in Kenia und Uganda gelandet sind. Die relativ geringe Zahl palästinensischer Flüchtlinge – von gerade mal 300.000 – kommt nur zustande,

weil mehr als 4,5 Millionen Palästinenser vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA: United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) betreut werden und deshalb in der UNHC-Statistik nicht auftauchen. Die Staaten mit den meisten Binnenvertriebenen (IDP) weltweit sind Kolumbien (3 Millionen), gefolgt vom Kongo (1,3 Millionen) und dem Sudan (1,2 Millionen).

Die finanzielle Hauptlast am UNHCR trägt mit 500 Millionen USD die USA und ist damit mit Abstand größter Geldgeber, auf den nächsten Plätzen folgen die Europäische Union (123 Millionen USD) und Japan (108 Millionen USD).

Für junge Interessenten hat UNHCR ein Online-Quiz zum Thema Flucht und Asyl auf den Weg gebracht. Ein animierter Hund namens UNESSI führt durch einen zufällig angeordneten Fragenkatalog und konfrontiert den Nutzer so mit den Problemen und Ängsten, mit denen sich viele der Flüchtlinge in der Welt auseinandersetzen müssen.

Quelle: Publikation „Forum Migration Januar 2009“ ■

Abkommen zu erwünschten und unerwünschten Zuwanderern:

Mali sagt erneut ‚merde' zu Frankreich

Zum vierten Mal hintereinander hat die westafrikanische Republik Mali am vergangenen Donnerstag, den 8. Januar 09 die Unterzeichnung eines Abkommens mit Frankreich über die „gemeinsame Verwaltung der Migrationsströme“ (sur la gestion concertée des flux migratoires) verweigert. An jenem Donnerstag musste der Generalsekretär des französischen Ministeriums „für Einwanderung und nationale Identität“, Patrick Stéfanini, unverrichteter Dinge aus Bamako wieder abreisen. Zuvor war es beiden Seiten nicht gelungen, zu einer Vereinbarung gelangen. Gleichzeitig demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen das geplante Abkommen, in der Hauptstadt Bamako und in der Bezirkshauptstadt Kayes - im Westen des Staatsgebiets und im Mittelpunkt einer trocken-halbenwüstenhaften Zone, aus welcher ein Großteil der Ausland lebenden Arbeitsmigranten aus Mali stammt.

Hätten die beiden Staaten das geplante Abkommen unterzeichnet, dann wären sie übereingekommen, dass Mali sich im Falle einer Abschiebung zur „Rücknahme“ seiner als unerwünschte Einwanderer nach Frankreich gelangenden oder als Sans papiers (illegalisierte Zuwanderer) in Frankreich lebenden Staatsbürger verpflichtet. Im Gegenzug hätte Frankreich sich bereit erklärt, eine bestimmte – vorab kontingentierte – Anzahl von Arbeitsmigranten auf seinem Boden aufzunehmen. In letzter Minute hatte Frankreichs Delegation sich laut einem Verhandlungsteilnehmer sogar bereit gezeigt, an letzterem Punkt einige unerwartete Konzessionen an die malische Seite zu machen. (Vgl. www.lemonde.fr/web/depeches/0,14-0,39-38081045@7-37,0.html) Dies belegt freilich nur, wie sehr die französische Seite auf den Abschluss eines entsprechenden bilateralen Vertrages drängt.

Schon mehrfach hatte die Republik Mali, die zu den wenigen „wirklichen“ (bürgerlichen) Demokratie in der französischen Einflusszone in Afrika zählt, in jüngerer Vergangenheit ihre Unterschrift unter ein solches Abkommen verweigert. (Vgl. AN24-08) Einer der Hauptgründe dafür besteht in den erheblichen Widerständen, die sich nach wie vor unter den in Frankreich lebenden Staatsbürgern des westafrikanischen Landes wie auch in der „Zivilgesellschaft“ Malis gegen eine offiziell akzeptierte „Rücknahme“ von Abgeschobenen rühren. Während in Bamako die Verhandlungen liefen und ins Stocken gerieten, demonstrierten in Paris auch „Auslandsmalier“ gemeinsam mit Solidaritätsinitiativen vor dem Konsulat Malis gegen Konzessionen an dieser Frage.

Um die Scharte symbolisch auszuwetzen, konnte die französische Delegation am darauffolgenden Tag – Freitag, den 9. Januar – ein vergleichbares Abkommen mit dem Nachbarland Burkina-Faso in dessen Hauptstadt Ouagadougou unterzeichnen. Der zuständige französische Minister Brice Hortefeux setzte seine Unterschrift unter die Vereinbarung, die auch 6 Millionen Euro „Entwicklungshilfe“ über einen Zeitraum von drei Jahren – als faktischen Lohn für die Kooperationsbereitschaft der Regierung Burkina-Fasos unter Präsident Blaise Compaoré – vorsieht. Gleichzeitig wurde auch eine identische Vereinbarung zwischen Frankreich und der „Westafrikanischen Währungsunion“ UEMOA unterzeichnet. Die UEMOA erkennt sich eine Zuständigkeit für die Thematik, da ihre Mitgliedsländer durch ein Assoziierungsabkommen untereinander verbunden sind, das auch Aspekte der Personenfreizügigkeit behandelt. Die frühere Kolonialmacht in der gesamten Region, Frankreich, ist ohnehin de facto Partei des Abkommens zur Währungsunion - denn die in ihren Mitgliedsländern benutzte Währung, der ‚franc CFA', war früher durch einen festen Wechselkurs an den französischen Franc und ist jetzt in identischer Weise an den Euro angekoppelt. (Das Kürzel ‚CFA' stand früher für „Colonies françaises en Afrique“ – französische Kolonien in Afrika –, nunmehr steht es für „Communauté financière africaine“ oder „afrikanische Finanzgemeinschaft“. De facto ist dennoch die post- und neokoloniale Kontinuität vollauf gewahrt.)

Um sein Gesicht zu wahren, verkündete Hortefeux bei seiner Etappe in Ouagadougou, auch in den Verhandlungen mit dem widerspenstigen Mali gebe es durchaus Fortschritte: „95 Prozent“ des umstrittenen Abkommens seien unterschriftsfrei. Nur bei den verbleibenden fünf Prozent, bei denen das Verhandlungsergebnis noch ausstehe, müsse man „weiterkommen“. Er, Hortefeux, habe „großen Respekt“ für den malischen Präsidenten Amadou Toumani Traoré – kurz „ATT“ genannt -, der „eine intelligente, lebendige dynamische und wachsame Persönlichkeit“ sei. „Aber was ich sage“, fügte er hinzu, „ist, dass die Diskussion auf ruhige, gelassene Art und Weise geführt werden muss.“ Was immerhin darauf hindeutet, dass es ziemlich lebhaft hergegangen sein muss… - Brice Hortefeux hatte selbst nicht in Mali Station gemacht, wohin sein Generalsekretär Stéfanini gereist war, und hatte stattdessen seit vorigem Mittwoch Togo, Benin und am Schluss Burkina-Faso besucht.

Dies alles erklärte Hortefeux im Anschluss an Gespräche mit dem burkinabesischen Präsidenten Blaise Compaoré. Letzterer regiert sein Land seit 1987 ohne Unterbrechung. Damals kam er durch einen Rechtsputsch mit französischer Unterstützung gegen seinen Amtsvorgänger, den revolutionär orientierten – und nach wie vor in ganz Westafrika populären - Präsidenten Thomas Sankara an die Macht. Sankara wurde dabei am 15. Oktober 1987, nach gut vierjähriger Regierungszeit, ermordet.

Bislang haben acht afrikanische Staaten, Burkina-Faso eingerechnet, entsprechende Abkommen mit Frankreich unterzeichnet. Die anderen sieben sind die Kapverdischen Inseln, die Republik Senegal, Benin, die Öl-Mafiosirepublik Gabun, die Demokratische Republik Kongo (früher Zaire), Tunesien und die Insel Mauritius. Aber die mit Abstand stärksten Widerstände gegen eine solche Politik bestehen offenkundig im westafrikanischen Staat Mali, dessen Bevölkerung im März 1991 die vormalige Militärdiktatur unter Moussa Traoré gestürzt und selbst die Demokratie eingeführt hat. Derzeit leben rund vier Millionen Malier im Ausland (gegenüber zwölf Millionen innerhalb Malis), davon der größte Teil als Arbeitskräfte in – vergleichsweise – wirtschaftlich bessergestellten Nachbarländern wie Elfenbeinküste und Senegal. Rund 200.000 Staatsbürger leben in Europa. Unter ihnen geschätzte 120.000 auf französischem Boden, davon 45.000 mit gesetzlichen Aufenthaltstiteln. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Antideutsche auf dem Weg nach Rechtsaußen? Über eine neuerschienene Polemik

Sie nennen sich Antideutsche, sie geben Zeitschriften wie Bahamas oder Prodomo heraus, sie publizieren in Konkret oder der jungle world. Und obwohl man sich bei ihren Beiträgen verwundert fragt, ob ihnen beim Schreiben der Satyr verunfallt ist, reicht ihr Einfluss nach wie vor in die Linke hinein. In einer soeben als MASCH-Skript veröffentlichten Studie versucht Holger Wendt nachzuweisen, dass der konsequenteste Flügel der Antideutschen die Grenze zum Rechtsextremismus bereits überschritten habe.

Dieser Flügel, bekannt v.a. durch Justus Wertmüller und Clemens Nachtmann von der Bahamas oder Joachim Bruhn und die Freiburger Initiative Sozialistisches Forum, wird zu oft noch als (etwas merkwürdiger) Teil der Linken angesehen, wodurch es erst möglich wird, dass einige seiner Positionen – leicht abgemildert – übernommen und weitergetragen werden. Zugute kommt den Antideutschen dabei die verbreitete fehlende Ernsthaftigkeit inhaltlicher Auseinandersetzung sowie ein gewisser Hang, sich mit besonders radikal daher kommenden Extrempositionen zu schmücken, weil's Identität stiftet und Anerkennung verheißt.

Wendt findet folgende Aspekte eines neurechten Gedankengebäudes bei den Hardcore-Antideutschen: „Die Welt wird nach ethnischen Kriterien aufgeteilt, der Hauptfeind rassistisch (genauer: kulturalistisch) definiert. Im Kampf (‚Vernichtungskrieg') gegen die Barbaren, die die überlegene Kultur bedrohen, sind alle Mittel legitim. Innerer und äußerer Feind verschmelzen zum globalen Komplott. Klassenkämpfe werden abgelehnt, Klassenkämpfer gelten als Agenten der Feindmächte. Die antideutsche Bewegung ist strukturell massenfeindlich, elitär und antidemokratisch. Die antideutsche Bewegung ist konsequent bellizistisch. Rationale Erklärungen des Weltgeschehens werden zurückgewiesen. (...) Antideutsche Diskurse adaptieren Traditionslinien der präfaschistischen und faschistischen deutschen Lebensphilosophie." Der Nachweis dieser Thesen wird, mit Ausnahme des letzten Punktes, sorgfältig und nachprüfbar geführt.

Die beschriebenen antideutschen „Traditionslinien" sind hingegen arg konstruiert: In der „Ahnengalerie (der Antideutschen) finden sich (...) Denker eines ‚ultrarevolutionären' Radikalismus, deren Werke zur ideologischen Vorgeschichte des europäischen Faschismus zu rechnen sind" – genannt werden die Anarchisten Pierre Joseph Proudhon und Michail Bakunin! Ausgerechnet der Individualanarchist Max Stirner, der in der heutigen sozialrevolutionären anarchistischen Bewegung, so weit ich es beurteilen kann, keinerlei Rezeption erfährt, muss als Kronzeuge für folgende abwegige Behauptung herhalten: „Anarchistische Freiheit ist demnach die Freiheit des aus allen sozialen Zusammenhängen befreiten Bürgers, der seine Interessen rücksichtslos durchsetzen darf." Als hätte Wendt sich die Aufgabe gestellt, mit den Antideutschen zugleich den Anarchismus per Federstrich zu diskreditieren.

Während Wendts Ergebnis, die Antideutschen hätten „nach dem Scheitern der revolutionären Hoffnungen von 1968ff. den langen Marsch zurück ins bürgerlichen Lager angetreten", uneingeschränkt zuzustimmen ist, bleibt die Frage offen, ob anhand der vorgelegten Beweise tatsächlich von einer neurechten, also rechtsextremen Bewegung gesprochen werden kann. Den Antideutschen fehlt der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft, die sich jede Individualität unterordnet. Bei ihnen findet sich keine rassistische Überhöhung der eigenen Ethnie, und es wird keine deutsche Vormachtstellung herbeigesehnt. Welcher Faschist aber würde darauf verzichten? Nein, die Antideutschen sind ganz einfach im bürgerlichen Mainstream angekommen und drohen darin unterzugehen. Ihre verbalen Ausfälle und die kommunistische Attitüde stellen lediglich sicher, dass sie überhaupt noch wahrgenommen werden.

Ein ähnliches Phänomen – nur kurzlebiger – hat es Mitte der 1970er Jahre schon einmal gegeben, als sich die Marxisten-Leninisten Deutschlands Franz Josef Strauß für den Kampf gegen die Sowjetunion, die auf dem Weg sei, die BRD zu erobern, anboten: „CDU und CSU", hieß es im Aufruf zum 1. Mai 1977, „sind allemal Bündnispartner bei der Verteidigung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft." Über dreißig Jahre später ist in dem antideutschen Zirkular Prodomo über „rechte Islam-Skeptiker in CDU und CSU" zu lesen, die „Frage bezüglich möglicher Gemeinsamkeiten mit rechten Politikern (sei) zu bedenken".

Die Ursache dieser Entwicklung der Antideutschen liegt für Wendt in der bürgerlich-studentischen Herkunft ihrer Protagonisten. In den ´70ern „schloß sich der deutsche Bürgersohn" statt den Burschenschaften den K-Gruppen an, „statt Nietzsche las er Mao, statt für's Vaterland kämpfte er für die Revolution". Und was er den Antideutschen mit Recht vorwirft, unterschiedlichste Dinge, Positionen oder Herleitungen einfach in einen Topf zu werfen, macht er selbst: „Gerade die verbalradikalsten Gruppierungen vertraten oft unter neuen Etiketten alte Inhalte." Nur mittels dieser Konstruktion kann Wendt zu der Schlussfolgerung kommen, bei den Antideutschen handele es sich „um das Aufbrechen reaktionärer Tendenzen, die in einem bestimmten Spektrum der ‚Neuen Linken' schon immer latent vorhanden gewesen waren". Die Broschüre der MASCH bietet somit einen Einblick in die trübe Gedankenwelt nicht nur der Antideutschen.

F ■

Holger Wendt: Neue Rechte reloaded: „Antideutsche Kommunisten" verbreiten in linken Kreisen rechtsextremes Gedankengut, Reihe MASCH-Skripte, Essen 2008, 31. S., 2,50 Euro bei Neueimpulse@aol.com.

Wer sich weitergehend mit dem Phänomen einstiger Linker auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft befassen möchte, greife zu Gerhard Hanloser (Hg.): „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken". Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Unrast Vlg., Freiburg 2003.

Rechtspopulismus als Bürgerbewegung

Rezension des Sammelbandes von Alexander Häusler

Im Gegensatz zu alteingesessenen Parteien wie die NPD, DVU oder „Die Republikaner" gelang der in den Verfassungsschutzberichten Nordrhein-Westfalens der letzten Jahre aufgeführten rechten „Bürgerbewegung Pro Köln" bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln ein unerwarteter Wahlerfolg von 4,7 % der Stimmen. Ein groß angekündigter „Anti-Islamisierungskongress" auf dem Kölner Heumarkt im September 2008 entwickelte sich dank eines breiten antifaschistischen Engagements zu einer politischen Farce.

Mit einem antiislamistischen Rechtspopulismus feierte die „Bürgerbewegung Pro Köln" mit lokalen Kampagnen gegen einen geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld erste kommunalpolitische Erfolge. Dieses Modell soll nun sowohl landesweit („Bürgerbewegung Pro NRW") als auch bundesweit („Bürgerbewegung Pro Deutschland") ausgebaut werden.

Unter dem Titel „Rechtspopulismus als ‚Bürgerbewegung'. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien" erschien im Sommer 2008 ein von Alexander Häusler herausgegebener Sammelband, der den Versuch startet, „dieses Partei- und Kampagnenmodell im Kontext der Debatten um Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit detailliert zu beschreiben und systematisch wie phänomenologisch einzuordnen." [1]

Dies geschieht in vier analytischen Schwerpunktbereichen. Im ersten Teil wird der Begriff des Rechtspopulismus in den Beiträgen von Karin Priester und Alexander Häusler unter Heranziehung jüngster Forschungsergebnisse der Rechtspopulismusforschung näher untersucht. Diese beiden Darstellungen gehen jedoch nicht auf die Tatsache ein, dass Populismus als Politik und Regierungsstil in westeuropäischen Parteidemokratien weit verbreitet ist. Zur Herstellung von Legitimation sind der Appell an das Wahlvolk oder die Berufung auf dessen angeblichen Willen Stilelemente, die zum Wesen des Populismus gehören.[2]

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Organisation sowie Agitation der Pro-Bewegung und dem Verhältnis zu anderen rechtsextremen Parteien in der BRD. Angesichts der Tatsache, dass die „Bürgerbewegung Pro Köln" bei den Kommunalwahlen 2004 ca. 10 % der Stimmen von ErstwählerInnen bekam, ist der Beitrag von Hans Peter Killguss und Jan Schedler zur Jugendarbeit von PRO Köln und PRO NRW besonders erwähnenswert.

Im dritten Teil werden die rechtspopulistischen Kampagnen in den Zusammenhang von Konfrontationen um Islam und Moscheebau in der BRD gestellt. Unter den qualifizierten Beiträgen ist der Aufsatz von Kemal Bozay über die Auseinandersetzung um den geplanten Moscheebau in Köln- Ehrenfeld besonders aufschlussreich.

Im vierten Teil werden verschiedene Maßnahmen und Gegenstrategien zu den antiislamistischen Kampagnen in den Kommunen diskutiert. Die Beiträge sind kompetent praxisorientiert dargestellt; eine Darstellung aus internationaler Perspektive wie z.B. Österreich, Niederlande, Belgien oder der Schweiz, wo rechtspopulistische Parteien in den letzten Jahren Wahlerfolge feierten, fehlt allerdings.

Insgesamt gesehen bietet der Sammelband einen guten Einstieg in die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der „Bürgerbewegung Pro Köln" und ihren landesweiten („Bürgerbewegung Pro NRW") und bundesweiten („Bürgerbewegung Pro Deutschland") Ausdehnungen. Vor allem die aufgezeigten Handlungsstrategien gegen die Pro-Bewegung in den Kommunen verdient Beachtung. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine intensivere Auseinandersetzung vor allem mit der „Bürgerbewegung Pro Köln" noch aussteht. Neben der antiislamistischen Agitation versucht Pro Köln besonders bei den Themenbereichen Innere Sicherheit, Korruption, „Bürgernähe" und „Abwehr des Multikulturalismus" im Hinblick auf die anstehenden Kommunal- und Landestagswahlen in den nächsten beiden Jahren zu punkten. Es verwundert sehr, dass neben diesem Sammelband erst zwei kürzere wissenschaftliche Beiträge[3] über Pro Köln erschienen sind.

Michael Lausberg ■

1 Häusler, A. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 12

2 Jun, U.: Populismus als Regierungsstil in westeuropäischen Parteidemokratien: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, in: Decker, F. (Hrsg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv, Bonn 2006, S. 233-254, hier S. 233f

3 Häusler, A./Peters, J.: Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung". Struktur und politische Methodik von PRO NRW und Pro Deutschland. Expertise der Arbeitsstelle Neonazismus/Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf, Köln 2007 sowie Detjen, J.: Die rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie von „pro Köln", in: Helas, H./Rubisch, D.: Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 84-94

Alexander Häusler (Hrsg.): „Rechtspopulismus als ‚Bürgerbewegung'. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien", Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2008

Sind wir stark genug gegen Rechts? – 12. Antifaschistische Sozialkonferenz

31. Januar 2009, 9:30 - 15:00 Uhr, Pavillon – Kultur- und Kommunikationszentrum Hannover, Lister Meile 4. Rechtsextreme Einstellungen, Rassismus und Antisemitismus sind keine Randerscheinungen unserer Gesellschaft, sondern gehen bis weit in die Mitte der Bevölkerung hinein. Im ersten Abschnitt der Veranstaltung wird zu diesem Thema Dr. Dietmar Molthagen, verantwortlicher Leiter des Projekts gegen Rechtsextremismus der Friedrich – Ebert – Stiftung die im Juni 2007 erschienene Studie „Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen" vorstellen.

Prof. Dr. Rudolf Leiprecht von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg wird in der Folge dieser Analyse unter dem Thema ‚Rassismuskritik in der Mitte der Gesellschaft' der Frage nach den Antworten auf das drängende Problem Rechtsextremismus nachgehen.

Im weiteren Programm werden in 4 Arbeitsgruppen die praktische Arbeit, Projekte und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus zur Diskussion gestellt:

- Die Auseinandersetzung mit dem Thema an Schulen (Schule ohne Rassismus) Knuth Erbe – Niedersächsisches Kultusministerium)
- Antifaschistische Arbeit der Gewerkschaften (Stefan Hölzer – Vertrauenskörperleiter VW Braunschweig)
- Der Umgang mit Gedenken (Michael Pechel – Netzwerk Erinnerung und Zukunft Region Hannover)
- Aktiv gegen Rechts – Was tun Vereine, Verbände und lokale Bündnisse? (Rudi Klemm – Weser-Aller-Bündnis für Demokratie und Zivilcourage)

Veranstalter: Arbeit und Leben Nds. - Mitte, Bildungswerk ver.di Niedersachsen, Geschichtswerkstatt Hannover e.V., DGB Region Niedersachsen - Mitte, DGB Jugend Niedersachsen, Pavillon Hannover, Verdi Jugend Leine/Weser, VVN BdA Hannover, IG Metall Hannover, KdA Hannover
Kostenbeitrag: 6 Euro/ ermäßigt 3 Euro. Um verbindliche Anmeldung bis zum 25. Januar wird gebeten: sylvia.milsch@arbeitundleben-nds.de, Internet www.arbeitundleben-nds.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Islamophobie zur Weihnacht

Junge Freiheit Nr. 52/08-1/09 vom 19. Deyember 2008

Die Sinnsuche zu Weihnachten beschäftigt das Blatt und Autor Fabian Schmidt-Ahmad kommt zu dem Schluss: „Wie zu Neros Zeiten werden in diesem Augenblick Menschen verfolgt, ausgeplündert und ermordet – weil sie Christen sind.“ Den Beleg, wo Christen wie zu Neros Zeiten verfolgt werden, bleibt er schuldig. Was ist eingetreten? Es gibt mehr Menschen muslimischen Glaubens in Europa – und damit kehren angeblich Zustände zurück, die Europa „längst überwunden glaubte“: „Menschen, die bereit sind, für ihre religiösen Überzeugungen zu töten.“ Das alles, weil jene Zeiten vorbei seien, in denen sich europäische Herrscher als „Beschützer der Gläubigen“ bezeichneten und mit großem Gewalteinsatz, mit Mord und Totschlag den christlichen Glauben über die kolonialisierten Völker gebracht: „Ihre beispiellose Machtentfaltung machte das Christentum zur größten Religion der Erde.“ beschreibt der Autor euphemistisch diesen Vorgang – und fordert die Rückbesinnung auf Christus und das Ende der multikulturellen Gesellschaft.

Die Krise als Chance will Klaus Peter Krause nutzen – nicht als Chance für mehr soziale Rechte und Sicherheiten, sondern als Chance für „eine Reform der deutschen Demokratie“. Nun kann man sich sicher sein, dass aus rechten Kreisen bei solchen Schlagworten nur Schlechtes zu befürchten ist. Das Blatt droht denn auch: „Für erfolgsträchtige Umbesinnungen, für wirkliche Reformen liegen Vorschläge, Konzepte, fertige Ausarbeitungen längst vor. Der Anstoß für den fälligen Aufbruch kann nur von der Politik ausgehen. Die aber bedarf des öffentlichen Drucks. Der sollte nicht erst dann entstehen, wenn die Menschen auf die Straße gehen oder wenn es gar zu Gewalttätigkeiten kommt. Dem zuvorzukommen, ist die Aufgabe der Menschen. Ihnen als ‚vierte Gewalt‘ kommt es zu, das Notwendige zu artikulieren, sich dem Political-Correctness-Zeitgeist zu verweigern, Wichtiges nicht zu unterdrücken, die Bevölkerung wahrhaft zu informieren und durch diesen öffentlichen Druck Politiker ‚gefügig‘ zu machen.“

Arminius als Vater der Nation

Junge Freiheit Nr. 2/2009 vom 2. Januar 2009

Den 2000. Jahrestag der Varusschlacht am Rande des Teutoburger Waldes nimmt das Blatt zum Anlass, mit mehr oder weniger kruden Ideen über die Bedeutung dieser Schlacht zwischen Römern und Germanen aufyuwarten. Arminius, der ehemalige römische Soldat, besiegte drei Legionen des Varus. Dies wurde im 19. Jahrhundert aufgegriffen – Prof. Dr. Alexander Demandt gibt dem Blatt ein Interview, in dem er darauf hinweist: „Im 19. Jahrhundert war die Arminius-Begeisterung weitgehend politisch, heute ist sie weitgehend touristisch. Der Grund dafür ist natürlich auch, dass die Franzosen nicht mehr unsere Feinde sind.“ Arminius wurde erst von Luther in Hermann umgetauft und geistert seither als Befreier von der römischen Besatzung und Gründer Germaniens durch die deutsche Geschichte – nur sehr lange hat das Bündnis der germanischen Stämme und damit ein einheitliches Gebiet Germanien nicht gehalten.

In einer ganzseitigen Anzeige weisen die Deutschen Konservativen mit Heinrich Lummer auf eine kostenlose Broschüre hin: „Gesine Schwan – im Netz der roten Spinne“, in der zu lesen sei, „wie sie wirklich ist“. Man darf den Aufklärungscharakter ruhig bezweifeln, behauptet die Anzeige doch über Frau Prof. Dr. Schwan, sie sei „meist zu schrill, zu laut und zu ‚nervig‘ … großkotzig, laut, auf die Medien gaffend, einfach unangenehm.“

‚Neue Rechte‘ passé?

Junge Freiheit Nr. 3/09 vom 9. Januar 2009

Chefredakteur Dieter Stein setzt sich mit dem Begriff auseinander, weil sich die Herausgeber der neugegründeten Zeitschrift „Sezession“ neuerdings als „Vordenker“ einer „Neuen Rechten“ bezeichnen. Stein weist darauf hin, dass der Begriff „der ‚Neuen Rechten‘ dauerhaft als Definition einer antidemokratischen, genuin rechtsextremistischen Position markiert ist, und wer ihn annimmt, schließt sich damit selbst aus. Es grenzt an einen Kohlhaas’schen Kraftakt, wenn man glaubt, einen solcherart kontaminierten Begriff ‚positiv‘ besetzen zu können. Dieser Begriff ist das sichere Ticket in eine Sackgasse – quasi zur ‚Endstation Rechts‘, wie sich ein Internetportal nennt, das über NPD, Skinheads und ‚Neue Rechte‘ aufklären will und darunter die JF subsumiert.“ *uld* ■

Dr. Frey gibt Vorsitz ab

Auf dem Bundesparteitag der Deutschen Volksunion, der am 11.1. bei Magdeburg stattfand, wurde Matthias Faust (37) zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Rechtsanwalt Ingmar Knop, Dr. Thomas Mehnert und Hans Weidenbach. Der bisherige Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey kandidierte nach 22 Jahren an der Spitze der DVU nicht erneut für das Amt, bleibt aber wohl weiterhin Herausgeber der National-Zeitung. Frey hatte die DVU als überparteiliche Sammlungsbewegung 1971 gegründet und 1987 in eine Partei überführt. Die DVU war bisher eine Partei mit einem sehr kleinen Funktionärsanteil und politisch und finanziell abhängig vom Vorsitzenden Dr. Frey. Matthias Faust ist erst seit dem Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2008 in Hamburg DVU-Mitglied. Der Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl hatte noch 2005 Frey und die DVU heftig kritisiert und war bis November 2006 „Aufbaubeauftragter“ eines neu zu gründenden Landesverbandes der Republikaner gewesen. Der alte Hamburger REP-Verband hatte sich Anfang 2005 in die NPD aufgelöst. Als der REP-Landesverband Bremen im Herbst 2006 zu einer Antifa-Demo aufrief, wechselte Faust ebenfalls zur NPD. Da er hier aber die ehemalige NPD-Landesvorsitzende Anja Zysk unterstützte, musste er im Frühjahr 2007 austreten. Nach gut einem Jahr DVU-Mitgliedschaft wurde er nun vor kurzem außerdem Landesvorsitzender der Hamburger DVU.

Auf dem Parteitag wurde auch die Bundesliste der DVU zur Europawahl aufgestellt. Spitzenkandidatin ist Liane Hesselbarth, gefolgt von Bruno Wetzel, Sigmar-Peter Schuldt, Matthias Faust, Ingmar Knop, Max Branghofer und weiteren Bewerbern. *fk/ub* ■

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507